

Gefördert täglich außer Montags. Abonnements-Preis pränum.: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Vorlage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Einzeltragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 2. September 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Parteigenossen!

Auf Beschluss des vorjährigen Parteitag findet der diesjährige in Gotha statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung hiermit den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 11. Oktober

nach Gotha-Siebleben in das Lokal

„In den vier Jahreszeiten“

ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, den 11. Oktober, abends 7 Uhr, Vorversammlung. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.

Montag, den 12. Oktober und die folgenden Tage:

- Geschäftsbericht des geschäftsführenden Ausschusses. Berichterstatter: W. Pfannkuh.
- Bericht über stattgefundene Kontrolle. Berichterstatter: G. Meißner.
- Berichterstattung über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: R. Schippel.
- Die Waise 1897. Berichterstatter: A. Gerisch.
- Berichterstattung vom internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftskongress in London. Berichterstatter: A. Sebel.
- Das Proportionalwahlrecht. Berichterstatter: Dr. Lütgenau.
- Die Frauenagitation. Berichterstatterin: Frau Klara Bettin.
- Organisation. Berichterstatter: J. Kuer.
- Anträge zum Parteiprogramm und Organisation.
- Sonstige Anträge.
- Wahl der Parteileitung.

Parteigenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, insbesondere die Wahl der Delegierten und Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge müssen bis spätestens den 22. September in Händen des geschäftsführenden Ausschusses, Adresse:

W. Pfannkuh,

Hamburg-Eimsbüttel, Eichenstr. 4, I

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz 2 der Partei-Organisation im „Vorwärts“ veröffentlicht werden

und in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vertrauensmannes, sollen sie zur Veröffentlichung und Berathung gelangen.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:

Wilhelm Bod, Gotha, Friemarstr. 17.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem geschäftsführenden Ausschuss in Hamburg und dem Lokalkomitee in Gotha rechtzeitig Mittheilung zu machen, damit dieses in bezug auf Quartier etc. die nothwendigen Vorbereitungen treffen kann.

Mandatsformulare, mit deren Versendung Mitte September begonnen wird, sind durch das Bureau des geschäftsführenden Ausschusses, Hamburg-Eimsbüttel, Eichenstr. 4 I, zu beziehen.

Die Genossen, welche Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige, den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts“ noch in der dem Parteitag vorzuliegenden gedruckten Vorlage Aufnahme finden können. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag entweder persönlich zu vertreten, oder durch befreundete Genossen vertreten zu lassen; außerdem empfiehlt es sich, wichtige Anträge vor dem Zusammentritt des Parteitages in der Parteipresse zu erörtern. Die Motive aber in die Parteitagsvorlage aufzunehmen, verbietet sich aus räumlichen Rücksichten und um der damit verknüpften unvermeidlichen Wiederholungen willen.

Hamburg, den 22. August 1896.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
Der geschäftsführende Ausschuss.

### Die Verringerung des Arbeiterschutzes in den Ziegeleien.

Als die Arbeiterschutzbestimmungen der Reichs-Gewerbe-Ordnung 1890/91 umgestaltet wurden, protestirten unsere Fraktionsmitglieder im Reichstage vergeblich dagegen, daß im § 139a anstatt der von kapitalistischer wie offiziöser Seite als so „bedeutend“ angepriesenen Verbesserung des Arbeiterschutzes eine Verschlechterung desselben vorgenommen wurde, indem der Bundesrath die bisher nicht vorhandene Erlaubniß erhielt, in Ziegeleien, deren Betrieb auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist, eine Verlängerung der für jugendliche Arbeiter schon im § 136 der alten Gewerbe-Ordnung festgesetzten zehnstündigen Arbeitszeit zu gewähren. Von dieser Befugniß machte der Bundesrath 1893 auch Gebrauch und vom 1. Januar 1894 ab wurde denjenigen Ziegeleien, in denen das Formen der Ziegel-

keine auf die Zeit von Mitte März bis Mitte November beschränkt ist, die Erlaubniß gegeben, jugendliche Arbeiter (anstatt 10 Stunden) und Arbeiterinnen (anstatt 11 Stunden) zwölf Stunden täglich zu beschäftigen, wobei die Gesamtdauer der Beschäftigung 66 Stunden innerhalb einer Woche nicht überschreiten darf. (Der Reichstag hatte im § 139a sogar bis siebenzig Stunden wöchentlichen Beschäftigung gestattet.) Außerdem dürfen die Arbeitsstunden anstatt um 5 1/2 Uhr schon um 4 1/2 Uhr morgens beginnen und können anstatt bis um 8 1/2 Uhr abends bis 9 Uhr abends dauern. Dafür sollten die Arbeitgeber in der Arbeitsstätte eine Tabelle aufhängen, in der die Zeitabschnitte der Beschäftigung (Arbeitszeit und Pausen) eingetragen sind; wenn aber Änderungen durch Witterungsverhältnisse erforderlich werden, kann sie der Arbeitgeber anordnen, ohne vorherige Anzeige an die Orts-Polizeibehörde zu erstatten; er braucht sie nur in der Tabelle zu vermerken.

Diese Verordnung des Bundesraths hat eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse zur Folge gehabt, und da laut § 139a Absatz 5 solche Bundesraths-Verordnungen nur auf eine bestimmte Zeit erlassen werden dürfen und diese Verordnung gegen den bisherigen Schutz jener Ziegelei-Arbeiter nur bis zum 1. Januar 1898 Gültigkeit hat, so erwacht für die Vertreter des Arbeiterschutzes in Presse und Parlament die Aufgabe, mit aller Energie dahin zu wirken, daß diese Bundesraths-Verordnung nicht verlängert wird. Selbstverständlich sind es so wie stets nur die sozialdemokratischen Zeitungen, die dieser Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit widmen. Der „Vorwärts“ hat wiederholt auf die unhaltbaren Zustände in den Ziegeleien überhaupt und auf die Schädigung hingewiesen, welche die Ziegeleiarbeiter durch diese Bundesraths-Verordnung zu erdulden hatten. Nachdem auch in den Berichten einiger Fabrikinspektoren auf die oft skandalösen Zustände hingewiesen worden war, hatte der Reichskanzler die Gewerbeaufsichtsbeamten ersucht, in den Berichten für 1895 ihre Wahrnehmungen mitzutheilen, die sie bei Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen in Ziegeleien machten.

Dies ist auch mit mehr und minder großer Sachkenntniß geschehen. Bei den preussischen Berichten ist sehr zu tabeln, daß verabsäumt wurde, in einer Tabelle die Einzelmittheilungen überfichtlich zusammenzustellen, aus denen zu ersehen wäre, wie viel Ziegeleien und wie viel Arbeiter in betracht kommen. Daß eine solche Tabelle nicht vorhanden ist, erschwert außerordentlich den Ueberblick; ihre Fehlen erklärt sich wohl aber dadurch, daß ein Gewerbe-Inspektor (für Elbing) verabsäumte, außer der Zahl der gesammten Ziegeleien auch die der beschäftigten Arbeiter anzugeben, und daß die Beamten für Ostpreußen, Danzig, Elbing, Breslau, Arnberg, Düsseldorf, Köln nicht angeben, wie viel Arbeiter in den Saison-Ziegeleien, die von Mitte März bis Mitte November betrieben werden, arbeiten. Wir meinen jedoch, daß das Reichsamt des Innern durch eine nach Eintreffen der Einzelberichte an die Beamten gesendete Anfrage diese Lücke hätte ausfüllen können, und es ist sehr zu bedauern, daß dies nicht geschah. Für die gesammten Ziegeleien, die der Gewerbe-Aussicht unterliegen,

69]

### Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

„Ja, für den Augenblick; das wird sich bald ändern. Deine Eitelkeit, Angelo, macht meinem alten Herzen vielen Gram. Ich wollte, Du würdest bescheidener.“

„Vaslarde müssen sich selbst ihren Namen gewinnen,“ sagte der Knabe tief erröthend. „Sie necken mich schon, weil ich nicht sagen kann, wer mein Vater und meine Mutter waren.“

„Sie brauchen Dich nicht zu necken,“ fiel die Alte schnell ein. „Du bist von edlem Blute und aus alter Familie, obgleich, wie ich Dir oft gesagt habe, ich nicht genau die Namen Deiner Eltern kenne; aber was schnigelt Du da aus dem äßen Eichenholz?“

„Ein Schwert, um dem Tribunen gegen die Räuber beizustehen.“

„Ach, ich fürchte, daß er, wie alle, die in Italien zur Macht gelangten, mehr wird gezwungen sein, Räuber anzuwerben, als daß er sie vertreiben könnte.“

„Ja, Ihr lebt auch hier so einsam und abgeschlossen, daß Ihr nichts wißt und hört, sonst würdet Ihr erfahren haben, daß selbst der kühnste aller Räuber, Fra Monreale, sich endlich dem Tribunen unterworfen hat und aus seinem Kasten entflohen ist, wie eine Ratte aus einem einstürzenden Hause.“

„Wie, wie?“ rief die Alte, „was sagst Du da? Hat dieser Plebejer, den ihr den Tribunen nennt, jenem gefährlichen Krieger so kühn den Handschuh hingeworfen? und hat Monreale das römische Gebiet verlassen?“

„Ja, es ist das Stadtgespräch. Aber Monreale scheint für Euch eben so ein Pöpanz zu sein, wie für alle alte Frauen in Rom. Hat er Euch je etwas zu Leide gethan?“

„Ja!“ rief die Alte mit so wildem Ton, daß selbst der leide Knabe erschrak.

„Dann wünschte ich, daß ich ihn finden könnte,“ sagte er, indem er sein hölzernes Schwert schwang.

„Das verhäte der Himmel! Er ist ein Mann, den Du immer vermeiden mußt, sei es im Guten oder im Bösen. Also der gute Tribun hat sich gegen die Freibeuter erklärt?“

„Gewiß, ganz Rom weiß es.“

„Er ist auch fromm, wie ich gehört habe; und man sagt, daß er Bisnonen hat und überirdischen Trostes sich erfreut,“ sagte die Alte mit sich selbst sprechend. Darauf wendete sie sich gegen Angelo und fuhr fort: „Du würdest also gern den Vorschlag seiner Gemahlin annehmen?“

„Ja gewiß, wenn Ihr mich entbehren könntet?“

„Kind,“ erwiderte die Alte feierlich, „der Sand meines Lebens ist fast ausgelaufen, und es ist mein Wunsch, Dich unter Menschen zu bringen, die Dich gut erziehen und Dich vor Ausartung schützen. Ist dieses geschehen, so kann ich mein Gelübde erfüllen und die übrigen Tage dem Herrn widmen. Ich will weiter darüber nachdenken, mein Kind! Zwar wart Du nicht bestimmt, unter dem Dache eines Plebejers zu wohnen und an fremdem Tische gespeist zu werden, aber in Rom — meine letzte Verwandte, die des Zutrauens werth war, ist gestorben — und stille Redlichkeit ist immer besser, als glänzendes Verbrechen. Dein jeder Sinn beruhigt mich schon. Zurück, mein Kind; ich muß in meine Kammer, um zu wachen und zu beten!“

Mit diesen Worten gebot die Alte dem Knaben, der das Gespräch mit ihr fortsetzen wollte, Stillschweigen und zog sich zurück.

Angelo starrte nach der Thür, welche sie hinter sich gezogen hatte, und sprach darauf bei sich selbst: „Die Alte spricht immer in Räthseln; ich möchte wissen, ob sie mehr von mir weiß, als sie sagt, oder ob sie irgend verwandt mit mir ist. Ich hoffe es nicht, denn ich liebe sie nicht sehr. Ich wünsche, sie brächte mich in Dienste bei der Gemahlin des Tribunen, und dann wollen wir sehen, welcher von den Knaben den Angelo Willani noch einen Vaslard nennen wird!“

Darauf bearbeitete der Knabe wieder mit verdoppelter

Emsigkeit sein hölzernes Schwert. Das kalte Benehmen der Alten, seiner einzigen Erzieherin und Gesellschaft, hatte seine Neigungen zurückgestoßen, ohne die Festigkeit seines Temperaments zu mildern, und wenn auch Angelo Willani ursprünglich nicht bössartig war, so zeigte er sich doch schon übermüthig und rachsüchtig, von der anderen Seite jedoch vereinigte er mit einer schnellen Empfänglichkeit für fremdliche sowohl als für beleidigende Behandlung viele natürliche geistige Anlagen und eine große Gleichgültigkeit gegen die Furcht. Mehr im Wohlleben als im Luxus aufgezogen und durch seine Beschützerin, die er nur unter dem Namen Ursula kannte, zu äußerem Anstande angehalten, war seine äußere Erscheinung gestiftet und einnehmend. Vielleicht war es auch mehr sein Benehmen, als seine Gesichtszüge, welche sich mehr durch geistigen Ausdruck, als durch Schönheit auszeichneten, was die Gemahlin des Tribunen auf ihn aufmerksam gemacht hatte. Seine Erziehung war die eines jungen Mannes, der zum gelehrten Stande sich vorbereitet. Er hatte nicht allein Lesen und Schreiben gelernt, sondern war auch schon in den Anfangsgründen des Lateinischen unterrichtet worden. Ihm sagten jedoch diese Studien lange nicht so zu, als die Spiele seiner Schulgenossen, als die Aufzüge oder die Volkssurruhen in den Straßen, in die er sich stets gemischt hatte und aus denen er sich immer mit großer Gewandtheit sicher und unbeschädigt zu ziehen wußte.

Am nächsten Morgen trat Ursula in des jungen Angelo Kammer. „Siehe heute Morgen Dein blaues Wamms wieder an,“ sagte sie, „Du mußt Dich heute herausputzen, denn ich will mit Dir in den Palaß gehen.“

„Was, heute?“ rief der Knabe freudig, indem er aufsprang. „Also soll ich wirklich in das Gefolge der Gemahlin des großen Tribunen treten?“

„Ja, und die alte Frau verlassen, damit sie einsam sterben kann. Deine Freude steht Dir gut an, aber Un dankbarkeit liegt in Deinem Blute. Undankbarkeit! O, sie hat mein Herz schon zu Asche verbrannt! Und die Deinige, Knabe, findet keine Nahrung mehr in dem verfallenden Staube.“

(Fortsetzung folgt.)

Haben wir uns aus den Einzelberichten eine Zusammenstellung gemacht und die Zahl der von Elbing nicht angegebenen Arbeiter nach dem Durchschnitt hinzugerechnet; es ergibt sich dann, daß 7588 Ziegeleien im Betriebe waren; dieselben beschäftigten 106488 männliche erwachsene Arbeiter, 11608 Arbeiterinnen und 6400 jugendliche Arbeiter. Die Zahl der Saisonziegeleien beträgt in einigen Bezirken 160 pSt. Der gesammten Ziegeleien, in einigen 98, 95, 88 und 80 pSt. Von der Vergünstigung, welche die Bundesraths-Verordnung den Unternehmern gewährt, machten nicht viel Ziegeleien Gebrauch; in manchen Bezirken nur 6—10 pSt. In anderen 15 und 20 pSt., in Westpreußen kaum die Hälfte und zwar meistens in größere Ziegeleien, seltener in den kleineren, und in Ostpreußen an drei Viertel.

Daraus aber den Schluß zu ziehen, daß nur bei wenigen jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen der Arbeitstag länger als 10 resp. 11 Stunden gedauert hätte, wäre grundfalsch. Wenn, wie es der Fall ist, nur verhältnißmäßig wenig Unternehmern dabei erwischt wurden, wie sie die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ebenso lang dauern ließen wie die der erwachsenen männlichen Arbeiter, so liegt dies daran, daß die Beaufsichtigung der Ziegeleien, wie die Berichte der preussischen Beamten wiederholt zugestehen, eine durchaus ungenügende ist. Und wenn so wenig Ziegeleien von der Vergünstigung, die Arbeitskraft noch länger auszubeuten, Gebrauch machten, so liegt dies, wie viele Beamte richtig erklären, daran, daß die Ziegelmeister, fast durchweg Leute von niedrigster Bildungstufe, von dem Erlaß der Verordnung zum Glück für die Arbeiter gar keine Ahnung haben, oder, daß ihnen das Schreiben zu langweilig ist, sich mit dem Aufzeichnen auf die vorgeschriebenen Tabellen gar nicht erst befassen wollen. Sie haben das auch nicht nötig, denn bei der durchaus ungenügenden Aufsicht können sie ja doch thun, was sie wollen. Der Beamte für Arnberg schreibt:

„Die Ziegelmeister, die meistens den Betrieb selbständig leiten, haben selten eine genaue Kenntniss der bundesrathlichen Bestimmungen. Das einzige, was ihnen meistens bekannt ist, ist die Bestimmung, daß die jungen Leute unter gewissen Voraussetzungen 12 Stunden täglich beschäftigt werden dürfen. Hiervon haben sie dann auch recht häufig Gebrauch gemacht, sich aber um die übrigen Bestimmungen weiter nicht gekümmert. In mehreren Ziegeleien war sogar auf den nach § 138 Absatz 2 vorgeschriebenen Aushängen als Dauer der Beschäftigung 12 Stunden angegeben. Auf diese Weise hat die Bundesraths-Bestimmung eher eine Verschlechterung des früheren Zustandes bezüglich der Beschäftigung der jungen Leute mit sich gebracht.“

Dieses Urtheil wird noch von anderen Beamten bestätigt; ebenso decken sich deren Anschauungen mit denen des Arnberger Beamten hinsichtlich der Aufsicht. Er schreibt:

„Die Orts-Polizeibehörden haben in vielen Fällen erst durch die eingehenden Revisionen der Gewerbe-Inspektoren von dem Vorhandensein besonderer Bundesraths-Vorschriften Kenntniss erhalten. Auf allen Ziegeleien, welche neben erwachsenen auch jugendliche Arbeiter beschäftigen, liegt der Verdacht nahe, daß eine unzulässig lange Arbeitsdauer der jugendlichen Arbeiter vorkommt. Die letzteren müssen Hand in Hand mit den Erwachsenen arbeiten. Die Erwachsenen denken aber im Hochsommer ihre Arbeitszeit regelmäßig auf 14 bis 15 Stunden täglich aus. An eine Schonung der jugendlichen Arbeiter wird von ihnen um so weniger gedacht, als der Verdienst nach der Anzahl der gemeinsam gefertigten Ziegel berechnet wird. Dem Ziegelmeister fehlt in der Regel jedes Verständniss für ein Rücksichtnehmen auf die jungen Leute.“

Der Beamte für Arnberg hält es für notwendig, daß die Vergünstigung, welche die Bundesraths-Verordnung bezüglich der Beschäftigung junger Leute gewährt, aufgehoben wird! Der Beamte für Düsseldorf, der reichliche Erfahrungen sammeln konnte, ist der Ansicht, daß alle Arbeiten, die während der Arbeitszeit der erwachsenen männlichen Personen nicht unterbrochen werden können, überhaupt für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen verboten werden müssen — während die Bundesraths-Verordnung die Arbeitszeit auf 12 Stunden verlängerte! Dabei werden die jugendlichen Arbeiter zu sehr schweren, anstrengenden Arbeiten benutzt, denen ein solch jugendlicher Körper nicht gewachsen sein kann, was auch viele Berichte ausdrücklich ausprechen. Verschiedene Beamte haben die Arbeitsleistung berechnet, die einem jugendlichen Arbeiter beim Abtragen der nassen Steine, wozu er fast ausschließlich verwendet wird, zugemuthet ist. Der Beamte für Pommern schreibt:

„Ein frisch gestrichener Ziegelstein wiegt etwa 8 Pfund. Ein geschliffener Streicher fertigt am Tage 4000 Steine und darüber. Da der Abträger stets zwei Steine trägt und damit 16 Schritte beladen und 16 Schritte leer zurücklegt, so giebt dies am Tage 2000 × 80 Schritt = 80 000 Schritt oder die Meile zu 24 000 Fuß und den Schritt zu 2 Fuß gerechnet, 6 deutsche Meilen, davon 2 1/2 Meilen belastet

und 2 1/2 Meilen leer. Er befördert dabei insgesammt eine Last von 320 Zentnern.“

Daß solche Arbeit zu Bluthfälligkeiten Anlaß giebt, wie der Bericht für Pommern hervorhebt, und auch sonst den jugendlichen Körper schädigt, ist ganz klar. Es ist daher unbedingt zu verlangen, daß die Bundesraths-Verordnung, soweit sie die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen den Ziegeleibesitzern zu noch größerer Ausbeutung überläßt, wie sie sonst durch die Gewerbe-Ordnung gestaltet ist, aufgehoben wird. Noch besser wäre ein gänzlich Verbot solcher Arbeiten für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, denn, wie gesagt, mit und ohne Erlaubniss durch eine Bundesraths-Verordnung werden die jugendlichen Arbeiter wie die Arbeiterinnen so lange beschäftigt als die erwachsenen männlichen Arbeiter, und zwar deshalb, weil eine genügende Kontrolle der Ziegeleien nicht besteht und zum Theil auch kaum durchgeführt werden konnte, wie der Beamte für Pommern richtig schildert:

„Die Annäherung des uniformirten Gendarmen bleibt selten unbemerkt, eine Ueberraschung während der Pausen wird ihm schwer gelingen und häufig sind die jungen Leute so gedreht, daß ihre Ausrufen wenig Werth haben.“

Das heißt: sie sind zu Lügen gedrillt! Ja, die Moral geht beim Kampf um den Profit dem Kapitalismus im großen wie kleinen Stöten! Und wenn, schreibt der Pommerner Beamte, die Gewerbe-Aufsichtsbeamten mit Strenge vorgehen, so kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien beträchtlich abnehmen wird; im Bezirk Breslau hat sie, wie der dortige Beamte schreibt, aus diesem Grunde schon abgenommen. So schwer das einzelne Arbeiterfamilien treffen wird, bis sie anderweitige Beschäftigung fanden, so notwendig ist das im Interesse der Arbeiter selbst. Eine körperlich und geistig verkrüppelte Generation wächst heran, wenn Frauen und jugendliche Arbeiter in den Ziegeleien so ausgebeutet werden können. Die Arbeiter-Klasse muß fordern, daß solche Bundesraths-Verordnungen beseitigt werden.

„Zum Schutz gegen die Schlinge ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges, gesellschaftliches Hinderniß, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen.“ (Marx, Kapital, Bd. I.)

### Politische Uebersicht.

Berlin, 1. September.

Bronsart v. Schellendorf soll doch noch Revanche für seinen Rücktritt erhalten. Auch sein Hauptgegner, der Chef des kaiserlichen Militärcabinetts, General v. Hahnke, soll nach der „Tägl. Rundschau“ aus seinem Amte scheiden. Aber während Bronsart v. Schellendorf sich mit der rein dekorativen Stellung eines General-Adjutanten begnügen muß, fällt General v. Hahnke die Treppen hinauf, er soll an Stelle des General-Obersten v. Loos Gouverneur von Berlin und Höchstkommandirender in den Marken werden.

Zu den zahlreichsten Schwierigkeiten, die auf die türkischen Staatsmänner von allen Seiten anstürmen, kommt noch ein Konflikt mit Bulgarien, der, durch eine Ueberschreitung türkischer Truppen über die bulgarische Grenze verursacht, zu einem blutigen Zusammenstoß und einem Hundschreiben an die Großmächte geführt hat.

Für den Augenblick scheint in Konstantinopel die Ruhe hergestellt zu sein, in Atraka, Makedonien und Armenien geht es weiter. Man muß auf alle Eventualitäten bei der gegenwärtigen Situation im Orient gefaßt sein, wenn auch wohl konstatiert werden darf, daß von den Großmächten keine kriegerische Absichten im Schilde zu führen scheint.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.**  
Aus Breslau wird gemeldet: Der Arbeiter Heinrich Urb. hatte bei Gelegenheit des Offiziersfestes über die Erbprinzessin von Sachsen-Meinungen größtliche Redensarten geführt. Er wurde verhaftet und auf Grund des § 97 des Reichs-Strafgesetzbuchs wurde Anklage erhoben. § 97 lautet: Wer ein Mitglied des landesherrlichen Hauses seines Staates beleidigt, wird mit Gefängniß von 1 Monat bis 3 Jahren bestraft. Der Staatsanwalt nahm an, daß die Erbprinzessin als Schwester des Kaisers noch als Mitglied des landesherrlichen Hauses zu betrachten sei. Vor etwa 14 Tagen stand bereits Termin gegen Urb an, doch mußte die Verhandlung vertagt werden, da Streitigkeiten herrschten, ob die Erbprinzessin noch als Mitglied des landesherrlichen Hauses seit ihrer Vermählung mit dem Erbprinzen zu betrachten sei oder nicht. Heute fällt die hiesige Firsten-Kammer die Entscheidung; Urb wurde freigesprochen. Auf Grund des Handgesetzes, der Reichsgerichts-Entscheidungen und eingeholten Entscheidungen von berühmten Rechtsgelehrten siehe es fest, daß die Erbprinzessin, da sie eine standesgemäße Ehe eingegangen sei, nicht als Mit-

glied des landesherrlichen Hauses Preußen zu betrachten sei. Man habe nun dem Erbprinzen anheim gestellt, Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung zu stellen, was derselbe aber ablehnte. Es mußte also Urb straffrei ausgehen. Für die erlittene Unterdrückung der Urtheile natürlich niemand den Arbeiter.

Das gegen den Redakteur der „Märkischen Volksstimme“, Genossen Schöpflin, eingeleitete Verfahren wegen Majestätsbeleidigung ist eingestellt worden.

### Deutsches Reich.

Zu den Aufgaben der nächsten Reichstags-Session. Die Nachricht, daß den Bundesrath bei seinem Ende dieses Monats erfolgenden Wiederzusammentritt außer dem Gesetzentwurf, betreffend die Organisation des Handwerks, ein Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Arbeiter-Versicherungsgesetze, beschäftigen werde, und daß dieser Gesetzentwurf nebst umfangreicher Begründung dem Bundesrath bereits zugegangen sei, wird der „Nordd. Allg. Ztg.“ als unrichtig bezeichnet. Wenn weiter die Abänderung der Seemannsordnung vom 27. Dezember 1872 als zu den nächsten Verhandlungsgegenständen des Bundesraths gehörend genannt wird, so ist dazu zu bemerken, daß es noch dahin steht, wann eine bezügliche Vorlage an den Bundesrath gelangen wird.

Mit der Umwandlung der 4prozentigen Reichs- und Staatsanleihen soll nun wirklich Ernst gemacht werden. Der bayerische Finanzminister, der die Ermächtigung des bayerischen Landtages zur Konvertirung der Anleihen schon besitzt, hat mit dem Reichsfinanzminister und dem preussischen Finanzminister über ein gleichartiges Vorgehen verhandelt. Entsprechende Vorlagen sind, wie der „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ aus Berlin geschrieben wird, für den Reichstag, für den preussischen Landtag und andere Einzellandtage demnächst mit Bestimmtheit zu erwarten. Wie große Interessen bei dieser Umwandlung auf dem Spiele stehen, beweist die Thatsache, daß Preußen allein noch über 4 Milliarden, Bayern reichlich 1 Milliarde und das Reich 450 Millionen 4prozentige Staatspapiere besitzt, während die 3prozentigen Anleihen der deutschen Staaten seit Jahr und Tag den Pari-Cours erreicht haben.

Mit der Umwandlung der hochprozentigen in niedriger zu verzinsende Staatspapiere sind wir einverstanden; wir wollen nur wünschen, daß die erhebliche Zinsenparnis nicht in Kriegsschiffen und ähnlichem angelegt werde.

Zur Reform der Arbeiter-Versicherungsgesetze wird dem „Reichsboten“ ausbleibend von einem parlamentarischen Berichterstatter geschrieben: „Die Regierungskreise scheinen sich endlich dahin schlüssig gemacht zu haben, dem Bundesrath und dem Reichstage eine Vorlage behufs Revision der Gesetzentwürfe betreffend die Unfallversicherung, Krankenversicherung, Alters- und Invaliditätsversicherung zugehen zu lassen. Eine offiziöse Notiz deutet an, daß der Bundesrath möglicherweise schon im Besitze eines solchen Entwurfs (7. Ab. des „Vorn.“) sei. Die öffentliche Meinung wird auch in diesem Falle mit recht darauf Anspruch erheben können, über die Grundzüge der beabsichtigten Reform baldigst auf authentischem Wege in Kenntniss gesetzt und namentlich in den Fachkreisen gehört zu werden, ehe die Vorlage an den Reichstag gelangt sein wird. Man wird sich erinnern, daß im vorigen Jahre vom Reichstag dem Reichsamt die Initiative ergriffen worden ist, die Gutachten der beteiligten Faktoren einzuholen. Eine Konferenz hat hierauf vom 4. bis 9. November im Reichsamt des Innern getagt. Den Beratungen war ein vom Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts Dr. Bödiker ausgearbeiteter Revisionsentwurf zu Grunde gelegt worden, der von der Idee, die ganze Versicherungsgesetzgebung zu verschmelzen, getragen war. Die Unvollkommenheit der Gesetzgebung wurde selbst vom Regierungskreis zugegeben, namentlich Präsident Dr. Bödiker und Handelsminister Fehr v. Berlepsch wendeten eine scharfe Kritik an. Ersterer hob hervor, daß die Berufsgenossenschaften und das Selbstverwaltungsprinzip die Probe gut bestanden hätten. In der Krankenversicherung sei nicht viel anzusetzen. Schlimmer stehe es mit dem Alters- und Invaliditätsgesetz. Das Markenleben sei unhaltbar. Beim Marktenleben bestehe die Gefahr, das bewußt oder unbewußt das Gesetz übertreten werde. Es werde auf diese Weise Immoralität hervorgerufen. Die Berufsgenossenschaften könnten nach seiner Ansicht den größten Theil des Alters- und Invaliditätsgesetzes dahin übernehmen, daß ein bestimmter Prozentsatz (etwa 1 pSt.) am Schlusse des Jahres eingelegt und von den Berufsgenossenschaften eingezogen werde. — Freiherr von Berlepsch gestand ebenfalls zu, daß über das „Marken-gesetz“ eine allgemeine Unzufriedenheit herrsche. Die Berufsgenossenschaften thäten ihre Schuldigkeit, dagegen mehrten sich bei den Orts-Krankenkassen trotz erheblicher Beiträge die Fälle der Inaktivität. Gegenüber diesem kritischen Verhalten von Regierungsmitgliedern hatten die anderen Mitglieder der Konferenz leichtes Spiel. In der Vertretung des Markenlebens beim Alters- und Invaliditätsgesetz war man einmüthig, konnte aber nicht zu einem greifbaren Vorschlage gelangen, besserer als die Stelle zu setzen. Die Hauptidee, die ganze Versicherungsgesetzgebung zu ver-

### Die Utopia von Th. Morus.

Wenn man die Klage liest, die Kautsky in seinem „Morus und seine Utopie“ äußert, als er auf die deutschen Uebersetzungen der Utopia zu sprechen kommt, da muß man sich eigentlich wundern, daß fast 8 Jahre vorübergingen, bis auf dem Büchermarkt eine neue Uebersetzung der Schrift erschien. Man bedenke außerdem, daß die Staatsromane inzwischen sehr in Mode waren, so daß dem ersten sozialistischen entschieden überall das lebhafteste Interesse entgegengebracht worden wäre.

Die „Utopia“ ist der erste Staatsroman, der dem sozialistischen Gedanken Keim verlieh. Bei ihrem Erscheinen erregte sie solches Aufsehen, daß sich in kurzer Zeit mehrere Auflagen als nötig erwiesen. Die ganze damalige gebildete Welt nahm an dem Werke, das sich zum ersten Male für den Kommunismus aussprach, den regsten Antheil. Leider wurde dies gerade zum Verderben des Verfassers. Auch König Heinrich VIII. von England wurde auf Morus aufmerksam und riefte nicht eher, bis Morus in seine Dienste ging. In kurzer Zeit, neun Jahren, brachte es Morus bis zum Kanzler des englischen Reiches; aber nur drei Jahre hatte er das Amt inne, das ihn den Tod bringen sollte.

Thomas Morus wurde in London am 7. Februar 1478 als der Sohn eines Richters am Obergericht geboren. Mit 13 Jahren kam er zu Sir John Morton, dem Kanzler Heinrich VII., dem er bald durch seine ungewöhnliche Begabung auffiel. Morus hat ihm in der Utopia ein schönes Denkmal gesetzt.

Im Hause dieses bedeutenden Staatsmannes lernte Morus frühzeitig Menschen und Dinge kennen. 1492 ungefähr bezog er auf Veranlassung des Kardinals die Hochschule zu Oxford, um sich dem Studium der Klassiker des Alterthums zu widmen. Aber sein Vater war wohl damit nicht einverstanden und nahm ihn daher plötzlich von dort weg, um ihn in einer Rechtsschule unterzubringen. 1501 ließ sich Morus als Advokat in London nieder. 1498 kam der berühmte niederländische Humanist Erasmus von Rotterdam nach England. Morus wurde mit ihm bekannt, und von da ab verband die beiden Männer eine unzertrennliche Freundschaft. Einem Briefe des Erasmus an Ulrich von Hutten aus dem Jahre 1519 verdanken wir eine vortreffliche und ausführliche Charakteristik Morus und seiner Angehörigen (der Brief ist vollständig bei Kautsky, Seite 115 ff., wiedergegeben). 1505 vermählte sich

Morus zum ersten Male, 1511 zum zweiten Male nach dem Tode seiner ersten Gattin, die ihm 3 Töchter und 1 Sohn hinterlassen hatte.

Als Advokat hatte Morus viel Anspruch, ohne daß er dabei seine klassischen Studien vernachlässigt hätte. In welchem Ansehen er stand, erhellt daraus, daß er 1504 ins Parlament gewählt wurde. Er lud dort bald den Kaiser Heinrich VIII. auf sich, als er es durch seine Opposition durchsetzte, daß eine von Könige zur Ausstattung seiner Tochter geforderte Summe erheblich gekürzt wurde. 1510 wurde Morus Zivilrichter, 1515 Vertreter der Londoner Kaufmannschaft bei einer Gesandtschaft zur Abschließung eines Handelsvertrages mit den flandrischen Kaufleuten. Bald nach der Rückkehr von dieser Gesandtschaft begann er die Utopia, die ein Jahr darauf (1516) in Löwen erschien. 1517 war Morus ein zweites Mal Mitglied einer Gesandtschaft nach Calais. 1516 ging er an Heinrichs VIII. Hof. Er wurde kurz nachher 1518 Referent über einlaufende Gesuche (Master of Requests), Ritter (Knight), Geheimrath (Privy Councillor), 1521 Verwalter der Schatzkammer (Treasurer of the Exchequer), 1523 Sprecher des Unterhauses, 1527 begleitete er Wolsey nach Amiens, 1528 Lunfau nach Cambrai zum Abschluß eines Bündnisses mit Frankreich. 1529 wurde er schließlich Kanzler von England. Auf diesen Posten gehörte aber ein anderer Charakter, als es der gewissenhafte Morus war. Schon am 16. Mai 1532 legte er sein Amt nieder, nachdem er sich drei Tage zuvor im geheimen Rath gegen ein Gesetz erklärt hatte, durch das Heinrich die Einkünfte, die der Papst aus England bezog, aufheben wollte. Diesen Widerspruch konnte ihm der König nicht vergeben. Er suchte ihn auf jede Weise zu vernichten. Er ging selbst so weit, ihn der engeren Verbindung mit einer betrügerischen politischen Wählergarni, dem heiligen Mädchen von Kent, zu beschuldigen. Wenn fällt da nicht das Ende Robespierres ein, dem ähnliches (Ginverständniss mit der „Mutter Gottes“, Katharina Theot) vorgeworfen wurde, als es galt, ihn zu hängen?

Ende 1588 war im Parlament die Suprematsakte durchgegangen, die Heinrich VIII. zum Oberhaupt der englischen Kirche machte, seine erste Ehe für ungült erklärte und die Tochter Elisabeth aus seiner zweiten Ehe mit Anna Bolyn zu seiner Nachfolgerin einsetzte. Morus sollte dieses Gesetz durch einen Eid anerkennen. Er wollte nur den letzten Theil beschwören und wurde daher 1534 in den Tower geworfen. Nach

langer qualvoller Haft begann endlich im Juli 1535 der Prozeß gegen ihn. Bedungenen Zeugen besorgten das Nötige. Morus wurde, des Hochverrats für schuldig befunden, zum Tode verurtheilt und am 6. Juli in Tower hingerichtet.

Nach dem oben erwähnten Briefe des Erasmus war Morus von mittlerer Mannesgröße, heller rothger Gesichtsfarbe, hatte dunkelbraunes Haar und blaugraue Augen. Das Hervorstechendste an seinem Charakter war seine durch nichts zu trübende Heiterkeit und seine Neigt zu scherzen, von der man in der Utopia manche hübsche Probe lesen kann.

Von den vielen Schriften, die Morus verfaßt hat, ist die bekannteste und bedeutendste „Die Utopia“ oder, wie der eigentliche Titel lautet: „Ein wahrhaft goldenes Büchlein vom besten Stande des Gemeinwefens und von der neuen Insel Utopia, ebenso nützlich wie ergötlich, verfaßt vom vortrefflichen und hochberedten Thomas Morus, Bürger und Unterherrsch der berühmten Stadt London.“ Sie besteht, wie schon der Titel andeutet, aus zwei Büchern. Das erste, das nach dem zweiten verfaßt worden ist, giebt ein Gespräch wieder zwischen Morus, Entlednäs, einem Reisenden, dem Morus den Bericht über die Utopia in den Mund legt, und Peter Giles, einem Freunde Morus aus Antwerpen. Diese Unterhaltung ist eine strenge Kritik der zur Zeit des Morus bestehenden Zustände, denen dann im zweiten Buche die Einrichtungen der Insel Utopia gegenübergestellt werden: beides meisterhaft in Darstellung und Anordnung.

Die Auffassung, die man über die Utopia hat, ist die verschiedenartigste. Bald stellt man sie als eins der bedeutendsten Werke des Humanismus hin, bald hielt man sie nur für einen wohl gelungenen Ausbau des Platonischen Staates, bald sogar für nichts als den Ausfluß eines geistreichen, witzigen Kopfes, für eine Spielerei. Für uns hat die Utopia die Bedeutung, daß in ihr zum ersten Male der Versuch gemacht wird, die Ausprägung des kommunistischen Gedankens zu zeigen, oder wie sich Ziegler treffend ausdrückt: „In der Utopia hat Morus ein Programm aufgestellt, das erst heute in allen wesentlichen Zügen das Programm einer großen und mächtigen Partei geworden ist und zur Stunde uns alle, Feind und Freund, beschäftigt und zur Entscheidung ruft.“

Der Urtitel der Utopia ist lateinisch und zwar, wie sich das bei dem mit klassischer Bildung vollgezogenen Humanisten Morus von selbst versteht, ein gutes Latein, das grade aus diesem Grunde

schmelzen, fand dagegen nur wenige Anhänger. Auf alle Fälle hatte die Konferenz fruchtbarere Anregungen gegeben und das Reichsamt des Innern, sowie das Reichs-Verwaltungsamts veranlaßt, eine erste durchgreifende Reform ins Auge zu fassen. — Mag auch im Reichsamt des Innern selbst in einigen maßgebenden Kreisen noch Neigung bestehen, gewisse allgemein verurteilte Einrichtungen, wie das Knechtelwesen, aufrecht zu erhalten, so hat man sich doch nicht gegen die Erkenntnis verschließen können, daß die Komplexität der Versicherungsgegebung die Durchführung und das Verbindlich sein beeinträchtigt und ihre Popularität vermindert hat.

— Dr. Gustav König, Geheimrat Ober-Regierungsrath im Handelsministerium, ist heute nach langem Leiden gestorben. Er war einer der verdientesten Beamten im preussischen Handelsministerium, einer der wenigen, dem es mit einer entschiedenen Sozialpolitik wirklich ernst war. Als Abtatscher'scher Komplex kam er mit diesem aus der Rheinprovinz ins preussische Handelsministerium. In seiner neuen Stellung veröffentlichte er eine sehr freimüthige und lesenswerthe Schrift über die schweizerische Fabrikgesetzgebung. Der unüberwindliche Widerstand gegen alle seine Bestrebungen im Interesse der Arbeiterklasse hat seine Anlager zu einem Nervenkrankeu unglücklich beeinflusst. So starb er viel zu früh und schied unbefriedigt aus seinem Wirkungskreise, indem er seine Ideale nicht verwirklichen konnte. Oekonomisch unabhängig gestellt, hat er seit dem ersten Auftreten seiner Krankheit auf sein Gehalt vollkommen verzichtet, was ihn nicht hinderte, stets in eifrigster Weise thätig zu sein.

**Preussischer Kulturfortschritt.** In den Präparanden-Anstalten sollen, nach einer Mitteilung der „Vossischen Zeitung“, die Lektüre der Klassiker und der fremdsprachliche Unterricht beseitigt und der Zeichenunterricht beschränkt werden. Aus vielen Lehrerseminaren ist der Unterricht im Französischen thatsächlich bereits verschwunden. Die Doppelner Regierung ordnete kürzlich, jedenfalls im Einverständnis mit dem Minister, die Vermehrung der Religionsstunden unter Einschränkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts an. In den Mittelschulen ist — ob allgemein oder nur in einzelnen Fällen, entzieht sich der Kenntnis — der Religionsunterricht vermindert, dagegen der Zeichenunterricht vermindert worden.

— Vom Pastor Göhre. In einer stark besuchten Versammlung des neuen evangelischen Arbeitervereins in Frankfurt a. D. sprach am Sonntag Abend P. Göhre über: Seine Amtsunterlegung und die neuesten Vorgänge in der christlich-sozialen Bewegung. Herr Göhre führte aus, daß der Pfarrer als solcher nicht für einen Stand oder Klasse eintreten könne und müsse, deshalb habe er, in Ermahnung der Lage des vierten Standes, durchdrungen von der Nothwendigkeit einer Reform der heutigen Lage der Arbeiter, sein Pfarramt niedergelegt, um sich bloß noch ganz der Menschheit widmen zu können. Seine unabhängige wirtschaftliche Lage mache es ihm ebenfalls zur Pflicht, im Interesse des arbeitenden Volkes thätig zu sein, sowie auch das Bestreben, dem vierten Stande ganz anzugehören. Redner erklärte des weiteren, daß er und seine Gefährten Genossen deshalb „nationale Sozialisten“ seien, weil sie ihre Forderungen in dem Rahmen des deutschen Vaterlandes auskämpfen wollen. Den Internationalismus halte er insoweit berechtigt, als er zur Fühlung diene. Die Partei werde sich auf dem Boden der christlichen und monarchischen Anschauung aufbauen, sei aber ferne davon, in Liebdenerei zu verfallen, sondern immer offen und ehrlich ihre Ueberzeugung gegen jedermann zu vertreten. Redner fährt ferner noch aus, weil er als „nationaler Sozialist“ treu zur Monarchie und dem Vaterlande halte, darum sei er auch für ein starkes Heer, um sich wehren zu können, sowie für eine starke Flotte zum Schutze des Handels. Herr Göhre spricht sich dann für das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht aus mit dem Hinweis, daß das Proportional-Wahlrecht die bessere und gerechtere Methode sei. „Wir haben viel von den Sozialdemokraten gelernt, vor allem in puncto Organisation“, so schloß der Redner, „vieler ihrer Forderungen anerkennen wir, deshalb hoffe ich, daß mit der Zeit auch die Sozialdemokraten das Gute an unserer Sache erkennen, so daß wir uns später verständlich, um dann zusammen in dieser verbesserten Sozialdemokratie kämpfen zu können. An den Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Diskussion, an welcher sich Lehrer Sembold, so wie die Genossen Schöpflin und Zappay beteiligten, wobei von unseren Genossen aus das Merkwürdige in den Ausführungen des Herrn Pfarrers Göhre hingewiesen wurde, daß er für die Hebung der Lage des Volkes eintreten will und nebenbei aber auch für den Militarismus, denn als Sozialpolitiker und Christ müßte er doch gegen eine solche Institution auftreten, die dem Volke die besten Kräfte raubt und mit dem christlichen Standpunkte sehr schlecht in Einklang zu bringen sei. Des weiteren betonten unsere Genossen, daß ein Zusammengehen nicht zu denken sei, indem die jeweilige Voraussetzung dieser beiden Parteien es einfach unmöglich mache. —

**Frankreich.**

Paris, Ende August. (Eig. Bericht.) Ministerpräsident Meilne, der „sanftmüthige“ Verschönigungspolitiker, heizt

eigenmächtig zu Gewaltthatigkeiten gegen die Sozialisten auf! In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des monarchistischen „Gaulois“ äußerte er seine Freude über die neuen Kräfte in Nordfrankreich. Er nennt das „harte Schlappen, die der Sozialismus erlitten hat“. Die feigen Ueberfälle der von Unternehmer-Agenten angestachelten Banden sind ihm im Auge der „Eigengewehr des Volkes“, das gegen die kollektivistischen Antriebe die starken patriotischen Ueberlieferungen kräftig hochhält. „Mit unsreiwillem Humor deutet er ferner die blutigen Vorgänge als ein günstiges Zeichen für die Fortdauer seines Ministeriums, welches darauf hinarbeite, dem Lande „Ordnung und Frieden“ zu sichern. — So allbekannt Meilne's Beschränktheit ist, derartige Aeußerungen hätte ihm doch niemand zugekaut. So spricht kein Regierungschef eines zivilisirten Staates, sondern höchstens ein stumpflicher Wüsthumpen der südamerikanischen Putsch-Republik. Unser linker Parteiblatt „Reveil du Nord“ berichtet, die Knüttelhelden von Wabagnies hätten sich mit der ihnen zugesagten Strafflosigkeit gebrüht. Nun haben sie mehr als das: die Verherrlichung ihrer Thaten durch den Ministerpräsidenten und die Anmahnung zur weiteren „Konsolidierung“ des Ministeriums vermittelt des Knüttels.

Der lächerliche Zufall sagt es, daß gleichzeitig mit der Meilne'schen Verherrlichung von Kriminalthaten das Pariser Justiztribunal den Verantwortlichen des Anarchistenblattes „Libertaire“ zu 1 Jahr Gefängniß nebst 500 Francs Buße verurtheilte, und das gerade wegen „Verherrlichung von Verbrechen“. Es ist die erste Anwendung der Duvuy'schen Anarchistengesetze, die um so unverständlich ist, als die inkriminirten Artikel nach dem Gehalt des Staatsanwalts bloß eine „indirekte“ Verherrlichung von Caserio's Attentat enthalten. Das Anarchistenblatt hatte sich nämlich darauf beschränkt, Caserio's Biographie zu entwerfen und die Motive des Attentats zu beleuchten. Bei einigem guten oder vielmehr bösen Willen könnten die Richter auch in nicht-anarchistischen Zeitungen „indirekte“ Verbrechen massenweise entdecken.

**Frankreich.**

Paris, 31. August. (Eig. Ber.) In geradezu phantastischer Weise übertrifft die kapitalistische Presse die Bedeutung der Sonnabend-Versammlung, in der die Mehrheits-Delegation über den Londoner Kongreß Bericht erstattete. Der ganze Verlauf dieser Versammlung, wie auch aller früheren zum gleichen Zwecke einberufenen Versammlungen, hat lediglich die allbekannte Thatsache bestätigt, daß Vorhandensein von unüberbrückbaren prinzipiellen und persönlichen Gegensätzen zwischen den Allemanisten und Anarchisten einerseits und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei andererseits. Diese „Spaltung“ ist weder das Produkt des Londoner Kongresses noch hat sie sich in der letzten Versammlung zuerst offenbart. Neu war an der Versammlung nur die Theilnahme Bailant's, dessen Haltung jedoch sehr vorteilhaft von derjenigen der übrigen Redner abwich. Während Allemane, Guérard (Sekretär der Eisenbahnen-Genossenschaft), der Anarchist Tortelier u. a. m. in der gewöhnlichsten Weise den Londoner Kongreß, die deutsche Sozialdemokratie und namentlich die zweite französische Delegation herunterrissen, beschränkte sich das Haupt der Blanquistischen Organisation auf eine trockene Darlegung seines Standpunktes in bezug auf die Laits. Und gerade aus seiner Rede ging hervor, daß er nicht um Haarebreite von seinen früheren Ansichten abgewichen ist. In prinzipieller Hinsicht steht er also nach wie vor der sozialdemokratischen Arbeiterpartei unendlich näher als den Allemanisten. Gewiss kommt es momentan nicht so sehr darauf an, was Bailant sprach, sondern darauf, daß er in einer allemanistisch-anarchistischen Versammlung sprach. Auf die Dauer ist eben ein Zusammengehen der Blanquisten mit den Allemanisten unmöglich. Nachdem sich die durch die Kongreß-Vorgänge hervorgerufene persönliche Antipathie gelegt hat, wird das alte Verhältnis zwischen den verschiedenen Richtungen des französischen Sozialismus leicht wieder hergestellt werden können.

Die Versammlung selbst hatte nichts von einem „Volksgericht“ an sich, als welches sie von der Bourgeoispreffe hingestellt wird. Trotz der unentgeltlichen Klänge, die von dieser Presse für die „Spaltungs“-Versammlung gemacht wurde, war sie höchstens von 6—700 Personen besucht, von denen die Mehrzahl oben drein mit kühler Theilnahmslosigkeit die heftigsten Ausfälle der Allemane, Guérard u. über sich ergehen ließ. Den größten rednerischen Erfolg hatte beziehungsweise der Anarchist Tortelier, dessen drittes Wort „Ab-schied vor der Politik“ war. Die „zu Gericht sitzende“, will sagen, klaffende Minderheit der Versammlung war also mehr anarchisch als allemanistisch. Daher erklärt sich auch, daß Herrn Allemane's Wunschkäse gegen die „Parlamentarier“ so wenig Eindruck machten. Ist es doch hier fast bekannt, daß die bösen Pariser Wähler einzig daran schuld sind, daß Herr Allemane zu keinem Deputirten- oder mindestens Gemeinderath's-Mandat gekommen ist. Der Vergleich mit dem Hunde und den faulen, weil zu hoch hängenden Trauben drängte sich da jedermann von selbst auf.

Ein Arbeiter, mit dem ich auf dem Heimwege über die Versammlung sprach, meinte traurig: „In Frankreich wurde stets

die Befreiung der Arbeiter durch persönlichen Ehrgeiz geschädigt. Nun, diesmal werden die persönlichen Zwistigkeiten keinen dauernden Schaden anrichten, weil der Sozialismus zu einer großen, das ganze Land umfassenden Volksbewegung sich angewachsen hat. Der von den Allemanisten geschürte Krach hat bloß lokale Bedeutung. Und auch in Paris geht es mit ihrem Einfluß bergab. Das haben die letzten Gemeinderath's-Wahlen gezeigt.

Die Art und Weise, wie die Allemanisten die Vorgänge auf dem Londoner Kongreß im Interesse der eigenen Richtung auszubenten suchen, dürfte zum Ergebnis haben, die Grenzlinie zwischen ihnen und den Anarchisten vollends zu verwischen und damit ihren Einfluß auf die klassenbewusste Arbeiterklasse zu vermindern. —

**Spanien.**

Madrid, 1. September. Die radikalen Deputirten haben die Absicht, dem Gesetzentwurf betr. die Subvention der Eisenbahnen Obstruktion zu machen.

Einem Telegramm aus Manila zufolge griffen die Aufständischen die Linie der Stadtbefestigungen an, wurden jedoch zurückgeschlagen. —

**Rußland.**

Petersburg, 1. September. Vom 13. d. M. ab (1. September a. St.) wird der direkte Verkehr zwischen der westsibirischen Eisenbahn mit der Zweiglinie Katharinenburg-Tscheliabinsk, und der Ural-Eisenbahn mit allen Eisenbahnen des russischen Reiches für Reisende und Waarentransport eröffnet. —

**Türkei.**

Konstantinopel, 30. August. (Central News.) Als die Besatzung des britischen Wachtschiffes nach der Botschaft marschirte, um einer Requisition des englischen Geschäftsträgers zu entsprechen, wurde sie auf dem Wege dahin von einigen Armeniern um Schutz angefleht, welche von Türken hart bedrängt wurden. Die Briten nahmen die Armenier in ihre Mitte und schützten sie, Kolbenhiebe aushaltend, vor dem blutdürstigen Mob. Als die That in Hildiz Kloß bekannt wurde, ließ die Fyork der englischen Gesandtschaft bemerken, daß die Marine-truppen sich erinnern mögen, daß sie sich in einem fremden Lande befinden. Der Geschäftsträger antwortete der türkischen Regierung, daß die englischen Seeleute die schlechte Behandlung der Armenier nicht unthätig mit ansehen könnten und daß sie im gegebenen Fall genau so handeln würden, wenn die türkischen Truppen nicht Schutz gewähren könnten.

Wenn sich ein Staat in seiner eigenen Hauptstadt eine derartige Behandlung gefallen lassen muß, dann scheint es mit ihm ganz ernstlich zu Ende zu gehen. —

**Partei-Nachrichten.**

Auf der Parteikonferenz für den Wahlkreis Oberharnim, die am vorigen Sonntag in Eberswalde im Restaurant zur Mühle abgehalten wurde, waren 7 Orte durch 28 Delegirte vertreten. Aus den Berichten derselben ging hervor, daß der Agitation in diesem Kreise besonders die ungünstigen Verhältnisse der Arbeiter hinderlich sind; auch die Geldmittel, über welche der Kreis zu verfügen hat, sind infolge dessen gering. Dennoch konnten aus den einzelnen Orten verhältnismäßig bedeutende Summen für auswärtige Streiks gesendet werden und auch für die Eßener Verurtheilten wurde eine besondere Sammlung veranstaltet. Trotz der Schwierigkeiten, womit die Arbeiterbewegung in diesem Kreise zu thun hat, konnten die Genossen konstatiren, daß die Organisationen, die zum großen Theile von der letzten Reichstagswahl herrühren, den Mächtionen der Segner standgehalten haben. Die Diskussion über die auf der Tagesordnung stehenden Punkte war lebhaft. Namentlich war es die Auseinandersetzung über gewerkschaftliche und politische Organisation, die reges Interesse hervorrief. Es handelte sich hauptsächlich um Eberswalde, wo der Streit zwischen beiden Richtungen schon seit geraumer Zeit tobt, ohne bis jetzt einen zufriedenstellenden Abschluß gefunden zu haben. Um die Verhältnisse zu bessern, wurde beschlossen: Die einzelnen Orte haben einen von den Vertrauenspersonen festzusetzenden Beitrag an den Kreisvertrauensmann anzuliefern.

Noch lebhaft war auch die Auseinandersetzung über die Presse, die schließlich durch Annahme folgender Resolution erledigt wurde: „Der Parteitag beschließt unter Anerkennung der gegen das „Volksblatt“ vorgebrachten Beschwerden: Das „Volksblatt“ entspricht nicht den Anforderungen, die von ländlichen Kreisen in Beziehung auf die Agitation an eine Zeitung gestellt werden müssen. Der Parteitag sieht aber vorläufig davon ab, ein anderes Blatt einzuführen, und empfiehlt durch lebhafteste Agitation die weitestgehende Verbreitung des Blattes zu fördern.“

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war die Gefände-Ordnung, wozu folgende von Genossen Salomon vorgelegte Resolution gestellt und angenommen wurde: „In Erwägung, daß die preussische Gefände-Ordnung ein Ausnahmengesetz für eine bestimmte Klasse von Arbeitern und Arbeiterinnen ist; in Erwägung ferner, daß die Anträge, welche in dieser Sache von den Vertretern der Sozialdemokratie im Reichstag eingebracht wurden, von den gesammten gegnerischen Parteien abgelehnt worden sind; in Erwägung endlich, daß die Solidarität der Sozialdemokratie es erfordert, unablässig gegen eine derartige Rechtslosigkeit von Arbeitern und Arbeiterinnen zu kämpfen, bis dieselben rechtlich den anderen Arbeitern gleich gestellt sind, beschließt die Kreisversammlung, den am 20. September in Berlin tagenden Provinzial-Parteitag der Provinz Brandenburg zu ersuchen, dahin beschließen zu wollen, daß eine Zeit festgesetzt wird, bis zu welcher in der Provinz Brandenburg an allen Orten, wo dies möglich ist, Massenversammlungen abgehalten sind, welchen eine die Abschaffung der Gefändeordnung fordernde Resolution zur Annahme empfohlen wird.“

Als Vertrauensmann des Kreises wurde Genosse Salomon in Briesen wiedergewählt, als Reichstagskandidat für die nächste Wahl Genosse Brun's nominirt. Mit dem freudig gegebenen Versprechen, nach Kräften die Sache der Sozialdemokratie zu fördern, trennten sich die Delegirten.

**Die Parteikonferenz für den S. weimarischen Reichstags-Wahlkreis Jena-Neustadt,** die am Sonntag in Jena tagte, nahm eine Resolution an, worin erklärt wird, es sei zum Bedürfnis geworden, mit Ausnahme der „Neussischen Tribüne“ sämtliche Thüringer Parteiorgane zu einem einzigen großen Blatt zu verschmelzen, um die Presse dadurch leistungsfähiger zu machen und für die Gesamtpartei einen größeren pekuniären Nutzen zu erzielen.

**In einer großen Volksversammlung in Mainz,** die am Montag in der Stadthalle stattfand, sprachen die Reichstags-Abgeordneten Rolke n. b. u. Hamburg und Ulrich. Offensiv über die bevorstehende Reichstags-Erwahl im Kreise Mainz-Oppenheim und über die Landtagswahlen in Hessen. Im Anschluß an beide referirte Redakteur Dr. David Mainz. Am Schlusse der Versammlung wurden die Genossen Dr. David und Schriftföhrer Philipp Haas Mainz zu Landtags-Kandidaten für die Stadt Mainz, sowie Dr. David als Kandidat für den Reichstags-Wahlkreis Mainz-Oppenheim proklamirt.

**Aus Offenbach wird** und unterm 29. August geschrieben: Gefferr benutzte Genosse Sieblnecht seinen Versammlungs-Golus für die Landtagswahl des Offenbacher Landkreises. Er hat in 11 Ortschaften gesprochen. —

**Aus Würzburg wird** und unterm 31. August gemeldet: Vorgestern sprach Sieblnecht in der riesigen Ludwigshalle

nicht leicht ins Deutsche zu übertragen ist. Die erste Uebersetzung überhaupt war eine deutsche (1824). Es ist eigenthümlich, daß am Ende vorigen Jahres in Deutschland eine lateinische Ausgabe\*) erschien und auf diese zuerst auch diesmal wieder eine deutsche.\*\*)

Es giebt im ganzen 4 deutsche Uebersetzungen der Utopia. Die zwei ersten sind heute veraltet, die dritte von 1768 ist nur in wenigen Exemplaren vorhanden. Die vierte Uebersetzung von P. Rothe ist bei Reclam in Leipzig zuerst 1846 heraus-gekommen und später in die Universitätsbibliothek (Nr. 513, 514) übergegangen. Kantakly sagt über sie folgendes, daß man mit gutem Gewissen unterscheiden kann: „Sie kostet nur 40 Pf., ist aber seinen Schatz Pulver werth.“ Sie ist in der That voller Fehler und Unfinn.

Bei der neuen Uebersetzung ist es sehr zu bedauern, daß Verfasser und Herausgeber den Fleiß und die Liebe für die bedeutende Schrift nicht mit dem nöthigen Geschick haben verbinden können.

Ich will bemerken, daß der Standpunkt, von dem aus ich diese Ausgabe betrachte, der ist, ob sie für die Verbreitung unter der deutschen Arbeiterklasse geeignet ist oder nicht.

Das Buch ist gut ausgestattet; Druck und Papier sind vorzüglich. Der Uebersetzer, wahrscheinlich ein Philologe, hat großen Fleiß und umfassende Kenntniss durch die Zusammentragung aller möglichen Materials in den Anmerkungen bewiesen, sodah wir uns wundern, wenn der Herausgeber die Uebersetzung nicht ihm übertragen, sondern sie selbst geschrieben hat. Sie ist daher

\*) Th. Morus, Utopia, herausgegeben von Viktor Michels und Theobald Ziegler, Berlin 1895. Diese vortreffliche Ausgabe ist neben dem sorgfältig revidirten Text mit einer Einleitung von Ziegler versehen, die der Bedeutung Morus und seines Werkes vollständig gerecht wird. Das philologische Zubehör (von Michels) macht vollends das Buch für jeden Morusforscher unentbehrlich.

\*\*) Th. Morus, Utopia, übersetzt und mit sachlichen Anmerkungen versehen von Dr. Ignaz Emanuel Wessely, nebst einem Vorwort des Herausgebers. München 1896. 11.—13. Heft der Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze, herausgegeben von Eduard Buchs.

Ende 1895 erschien auch in Oxford eine lateinisch-englische Ausgabe der Utopia (besorgt von Euphton). Der englische Text ist nur ein Neudruck.

fast nichts als eine Kompilation aus Kautsky und Ziegler. Die Uebersetzung selbst schließt sich geradezu slavisch an den lateinischen Urtext. Es ist dabei namentlich im Anfang des Werkes ein ungläubliches Deutsch herausgekommen.

Eine gute Uebersetzung muß den Sinn des Urtextes wiedergeben in Anlehnung an ihn, aber ohne der deutschen Sprache unrecht zu thun. Ich will nicht von Sätzen sprechen, die so ineinander-geschachtelt sind, daß man sie mehrere Male durchlesen muß, um sich in ihnen zurecht zu finden, aber es finden sich massenhaft Ausdrücke, die wir heute in anderer Bedeutung oder überhaupt gar nicht mehr brauchen. Die Uebersetzung bekommt dadurch eine Art Modergeruch nach Mittelalter, der dem Leser den ganzen Genuß beeinträchtigt. „Das Orakel des Hades einzuholen“ (Seite 26), weil im Lateinischen „oraculum“ steht, muß natürlich heißen, den Rath, oder Seite 26, „eignet ihn“, statt „ist ihm eigen“; Seite 33 „Näglich“, statt „bessagenerwerth“; Seite 36 „vernützen“, statt „abnutzen“; Seite 44 „die trägt sich Gehabenden“ statt „die, welche sich trägt zeigen“. Dann hartnäckig, Gallia, gallica“ wiedergegeben mit „Gallen, galisch“. Es ist nämlich Frankreich gemeint. Zur Zeit des Morus gab es kein Gallien mehr.

Man beschuldige mich nicht der Kleinigkeitsträmerei, aber wer die Uebersetzung liest, muß zugeben, daß sie durch diese Dinge an Verständlichkeit und Schönheit einbüßt. Ebenso hätte ich die Hauptglossen, die ja gar nicht von Morus selbst herrühren, ganz gern entbehrt. Die Briefe des Erasmus, Subaneus, Megidius und Ausidius, ferner die drei Gedichte wären auch besser weggelassen. Dies alles ist nicht von Morus und hat mit der eigentlichen Darstellung der Utopia so gut wie nichts zu thun. Die Briefe wechseln in jeder Ausgabe. Daran allein kann man schon erkennen, wie wenig sie im Zusammenhang mit der Utopia stehen; im übrigen sind sie nichts als Empfehlungen namhafter Männer, die man nach der Sitte damaliger Zeit den Büchern gern beigab. Auch die Gedichte und Hauptglossen finden sich nicht in allen Ausgaben. Eine weise Beschränkung wäre also ganz am Platze gewesen. Wenn gar die sonst sehr schönen Nachbildungen der Bilder, dessten u., die der alten Ausgabe entnommen sind, nicht gebracht worden wären, wäre es dem Buche insofern zu gute gekommen, als sich sein Preis (2 Mark broschirt) sicher erheblich vermindert hätte.

Also auch diese deutsche Uebersetzung wird darum nicht die Verbreitung haben können, die man der Utopia des Morus wünschen möchte.

über den Internationalen Arbeiterkongress. Gestern hielt er zur Weisheit der sozialdemokratischen Partei Würzburgs von Frauen und Jungfrauen gestifteten Banners die Feste, welche, da der anwesenden Frauen wegen „Politik“ verboten war, eine unpolitische sein mußte.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Aus Gera meldet die „Neue Tribüne“: Ein polizeiliches Verbot gegen die Verbreitung von Flugblättern scheint bevorzuziehen, wenigstens ergibt dies folgende Bericht aus der Stadtraths-Sitzung vom 27. August, alwo es also heißt: Das städtische Landratsamt hat sich nach den angestellten Ermittlungen mit dem Erlaß einer Verordnung, betreffend das Verbot der Verteilung von Flugblättern, einverstanden erklärt. Man will das weiter Erforderliche veranlassen. Immer nur drauf mit derartigen Verboten, die große und starke Sozialdemokratie bleibt deshalb doch die große und starke Sozialdemokratie und wird noch immer härter werden, trotz alledem!

### Gewerkschaftliches.

Sämtliche Mitteilungen von Organisationen, vor allem solche über Kasstrände oder Kaszperrungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

**Achtung, Lederarbeiter (Vorfertiger) Berlins!** Bevoilligt hat nach H. Adam jun. Es wird dringend ersucht, in folgenden Geschäften nicht zu arbeiten: Bornemann, Schmidstr. 15; Roth u. Weinland, Dresdenstr. 88/89; Krasemann, Melchiorstr. 7; Heymann u. Co., Dresdenstr. 82/83; Gähler, Sebastianstr. 6; Sommer, Reichenbergstr. 181. Die Lohnkommission.

**Achtung, Glaser Berlins!** Montag, den 7. September, abends 8½ Uhr, findet eine große öffentliche Versammlung der Glaser Kommandantenstr. 20 (großer Saal) statt. In derselben wird die Lohnkommission über ihre bisherige Tätigkeit berichten. Wir machen es nun den Kollegen zur Pflicht, eifrig für regen Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Kein Kollege darf uns fernsehen, noch durch persönliche Sachen sich beeinflussen lassen. Nur wenn alle Mann am Platz sind und ihre volle Schuldigkeit thun, wird uns die jegliche Bewegung zum Vorteil gereichen. Die Lohnkommission der Glaser Berlins und Umgegend. J. A.: W. Starke, Boehlstr. 34.

**Achtung, Schuhmacher Berlins!** In der Schuhfabrik von Castein u. Panisch sind Differenzen ausgebrochen. Sämtliche Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Der Streik bei Himmelskreuz, Johannistr. 20, und Nachh., Brunnenstr. 151, dauert unverändert fort. Zugug ist ferngehalten. Die Agitationskommission.

**Auf Beschluß des Innungsvorstandes der Bäckerei „Germania“ in Berlin** findet am Donnerstag, den 8. September, nachmittags 3 Uhr, im Innungshaus, Chausseestr. 103, eine Versammlung sämtlicher Bäcker-Gesellen, welche bei Mitgliedern der Innung in Arbeit stehen, statt. Folgende Tagesordnung ist aufgesetzt: 1. Die Notwendigkeit ärztlicher Untersuchung in Arbeit stehender Gesellen. 2. Der Magimal-Arbeitsstag.

Aus Halle a. d. S. meldet das „Volkblatt“: Der Steinfegerkreiß ist wahrscheinlich beendet. Nachdem die Innungsmittglieder mit Ausnahme der ortsbewohnenden Herren Kleinig und Stephan, aber für diese mit verbindlich für heuer und nächstes Jahr einen Stundenlohn von 43 Pf. gegen bisher 40 Pf. zugesichert haben, erklärte eine Steinfeger-Versammlung sich mit 31 gegen 25 Stimmen für Annahme des Vorschlages. Derlohn waren für heuer 42½ Pf. und für nächstes Jahr 45 Pf. Stundenlohn. Der Streik hat gerade vier Wochen gedauert. Die Haltung der Ausständigen ist musterhaft gewesen; kein einziger wurde zum Streikbrecher, nur vier Magdeburger Steinfeger nahmen während des Streiks die Arbeit auf.

Aus Wald bei Solingen wird berichtet, daß der Ausstand der Schlüsselfabrik der Firma Wippersart u. Co. zu gunsten der Arbeiter beendet ist. Die Akkordarbeit wird abgeschafft, jeder erwachsene Arbeiter erhält 18 M. Minimallohn. Maßregelungen werden nicht vorgenommen. Außerdem hat sich der Unternehmer — selbstverständlich freiwillig — bereit erklärt, sämtliche Versicherungsbeiträge aus seiner Tasche zu bezahlen. Die Arbeiter der Konkurrenzfirmen rümpfen sich gleichfalls, eine Lohn-erhöhung durchzuführen. Bei einer ist am Mittwoch bereits, ohne daß die Arbeiter vorstellig wurden, auf einzelne Sorten 1 Pf. pro 100 zugelegt worden.

Die **Braner Regensburger** haben durch ihre Lohnkommission sämtliche Brauereien folgende Forderungen unterbreitet: 1. die gesetzliche Sonntagsruhe; 2. die Arbeitszeit soll an Werktagen von 5 Uhr morgens bis 6 Uhr abends dauern, davon kommen eine Stunde Frühstücks- und 1½ Stunde Mittagspause weg; die Vesperzeit fällt weg; 3. den Jour haben den Kellerburschen oder Wälzern soll der Nachdienst durch genügend freie Zeit am Tage entschädigt werden; 4. der Hausstrunk soll durchweg für Kellerburschen 7 Liter, für den in der Mälzerei beschäftigten 8 Liter betragen; 5. der Minimallohn soll für die ersten Burschen 110, für die anderen 90 M. betragen; die Lohnauszahlung soll alle 14 Tage stattfinden; alle Nebenbezüge und Trinkgelder fallen weg; 6. freies Koalitionsrecht; richtige und gute Behandlung; 7. reinliche und gelüftete Schlafstellen und Wabegeliegenheit.

Aus den **Niederlanden**. Der Landarbeiter-Ausstand in Ljuna (in Provinz Friesland) hat mit dem Siege der Arbeiter geendet. Auch die Arbeitseinstellung an der Garnspinnerei in Sonda ist beendet. Der größte Ausstand hat die Forderung größtenteils bewilligt. — Der große Glasarbeiter-Ausstand in Maasricht dauert unverändert fort.

Aus **Brüssel** meldet das Herold'sche Bureau unter dem 1. September: Der soeben aus Cardiff hier eingetroffene Direktor einer der größten industriellen Werke von Süd-Wales erklärt, daß die Agitation in dem englischen Hafengebiet den Großindustriellen die größte Besorgnis einflößt. Die Dockarbeiter in Cardiff, Hull, Southampton, London, Liverpool und in den schottischen Häfen hätten erklärt, der Ausstand werde in allen Häfen Großbritanniens ausbrechen, wenn die englischen Dockarbeiter mit den Arbeitgebern keine Verständigung erzielen könnten.

### Soziales.

Zur **Krise in der Handschuhindustrie Sahnau's** in Schlesien schreibt der „Proletarier aus dem Eulengebirge“: Von dem am Ort befindlichen vier Handschuhfabriken, die in günstigen Zeiten über 300 Handschuhmacher beschäftigten, ist in einer derselben, der von Edward Thomas, der Betrieb bereits seit 14 Tagen eingestellt. Am vorletzten Sonnabend wurde auch in den Fabriken von Payer sämtliche Handschuhmacher gestündigt. Dadurch vermehrt sich die Zahl der Arbeitslosen um 60, so daß nun 100 Handschuhmacher ohne Beschäftigung sind und im ganzen nur noch 10 in Arbeit stehen. Welcher Gegenstand: in guten Zeiten über 300, jetzt nur 10, die Arbeit haben! Vor einigen Jahren waren Arbeitslosigkeit und geringer Verdienst den Handschuhmachern noch unbekannt Dinge. Während in diesem Jahre in anderen Industrien ein Aufschwung zu verzeichnen ist, befindet sich die Handschuhindustrie im Niedergang, d. h. nur die Exportfabrikation. Die Exportfabrikation von Handschuhen in Frankreich, Belgien, Österreich, Deutschland und Italien hat ihr Absatzgebiet hauptsächlich in Amerika. Durch die dort herrschenden Zustände in wirtschaftlicher und politischer Beziehung erklärt sich der Niedergang der Handschuhindustrie in den genannten europäischen Ländern. Da die Handschuhmacher in Deutschland

durch ihre Organisation, welche Arbeitslosen-Unterstützung gewährt, wenigstens etwas geschützt sind, so werden dieselben wohl die schlechte Zeit aushalten können, ohne anderen Arbeitern Konkurrenz zu machen. Voraussichtlich wird nach der Präsidentswahl in Nordamerika auch wieder die Handschuhindustrie etwas aufleben.

In **Worms** ist am Montag das städtische Arbeitsamt eröffnet worden. Die Geschäftsjordnung bestimmt u. a. folgendes: Der Betrieb der Arbeitsnachweise stelle ist derart einzurichten, daß alle Gesuche der Arbeitgeber und Arbeitnehmer möglichst rasch und zufriedenstellend erledigt werden.

In **Sachsen** der **Wohnungsfrage** wollen, wie der bürgerliche „Pforzheimer Anzeiger“ berichtete, die sozialdemokratischen Mitglieder des Pforzheimer Bürgerausschusses beim Stadtrath beantragen, 1. eine amtliche Untersuchung, ähnlich dem Vorgehen anderer badischer Städte, über die Wohnungsverhältnisse zu veranlassen; 2. dem Bürgerausschuss eine Vorlage zu machen über Bewilligung von Mitteln, um auf Rechnung der Gemeinde die nötigsten Wohnungen herstellen zu können, und 3. eine Ausstellung sämtlicher Plätze (Grund und Boden), welche im Besitze der Stadt sind, anfertigen zu lassen.

Bei diesem Antrag wird von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß die Nothlage auf dem Wohnungsgebiete weder durch die Privatpekulation noch durch genossenschaftliche Thätigkeit zu beseitigen sei, denn die Privatpekulation rechnet auf hohe Rente und die genossenschaftliche Thätigkeit sei in Pforzheim durch Unternehmungen wie die Baugenossenschaft in Mißredit gekommen.

**Konkursstatistik.** Nach der vorläufigen Mittheilung des kaiserlichen statistischen Amtes kamen im zweiten Vierteljahr 1896 im Deutschen Reich 1717 Konkurse in volkswirtschaftlichen Sinne, d. h. Fälle wirtschaftlichen Zusammenbruchs (gegen 1922 im ersten Vierteljahr) neu zur Kenntniß, und zwar wurden 180 (175) Anträge auf Konkursöffnung wegen Mangels eines vorläufiglich auch nur die Kosten des Verfahrens bedeckenden Massentrag abgewiesen und 1537 (1747) Konkursverfahren eröffnet; von den letzteren hatte in 969 (1111) Fällen der Gemeinschuldner ausschließlich die Konkursöffnung beantragt. Beendet wurden im zweiten Vierteljahr 1896 1719 (1498) Konkursverfahren, und zwar durch Schlußvertheilung 1140 (943), durch Zwangsvergleich 433 (360), durch allgemeine Einwilligung 42 (45), wegen Mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse 104 (92). In 572 (492) beendeten Konkursverfahren war ein Gläubigerausschuß bestellt gewesen.

Ueber die **Ergebnisse der Rekruten-Prüfungen im Deutschen Reich** enthält das soeben ausgegebene dritte Heft der „Vierteiljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs“ Nachweise für das Geschäftsjahr 1895/96. Danach hatten von den 250,661 Rekruten, welche in die Armee und Marine eingestellt wurden, 249 878 Schulbildung in deutscher Sprache, 914 Schulbildung nur in fremder Sprache, und 374 waren ohne Schulbildung, d. h. solche, welche in keiner Sprache genügend lesen oder ihren Vornamen und Familiennamen nicht leserlich schreiben konnten.

In Prozenten der Gesamtzahl aller Angelegten betrug die Zahl derjenigen, welche weder lesen noch ihren Namen schreiben konnten:

in Geschäftsjahre	1885/86	1,08	1891/92	0,45
1886/87	0,72	1892/93	0,39	
1887/88	0,71	1893/94	0,24	
1888/89	0,60	1894/95	0,22	
1889/90	0,51	1895/96	0,15	
1890/91	0,54			

Stellt man für die Bezirke, von welchen die meisten Mannschaften ohne Schulbildung gestellt wurden, das erste und das letzte der vorstehend genannten Jahre gegenüber, so kamen Analyseabenden auf je 100 eingestellte Rekruten in den Regierungsbezirken:

	1885/86	1895/96
Posen	8,02	1,22
Marienweider	8,84	0,81
Gumbinnen	6,70	0,77
Königsberg	4,47	0,72
Oppeln	2,76	0,57
Danzig	3,61	0,41
Bromberg	6,72	0,38

Ueber die **Arbeits- und Lebensverhältnisse der chinesischen Kulis** schreibt ein kürzlich nach China ausgewandertes und dort in Gan-pan beschäftigter Stahlhämmerarbeiter: „Unser Eisenwerk liegt direkt am Fluß Han. Die Arbeits- und Verdiensthverhältnisse sind einfach schauerlich. Wenn ein Europäer dieses Feld nicht mit eigenen Augen sieht, so glaubt er nicht daran. Das reine Arbeitslohn sind die armen Chinesen und das Schrecklichste ist, daß er einmal ein Kuli ist oder von Kulis abstimmt und zeitlebens ein solcher bleibt. Ein guter Kuli verdient täglich 180 bis 150 Käs (1 Käs = 0,24 Pf.). Da der hiesige Dollar nach deutschem Gelde 2,24 M. hat, so erhalten die Kulis für ihre Arbeit 30—40 Pf. Ueber 40 Pf. kommt keiner von diesen armen Leuten. Nun kann so ein Kuli für 20—25 Pf. pro Tag leben, aber wie leben! Zweimal täglich, morgens 9 Uhr und nachmittags 3 Uhr, ist er Keis mit Wasser, und das ist seine ganze Nahrung. Eine Wohnung hat der Kuli nicht. Wo er arbeitet, da schläft er auch, das heißt unter freiem Himmel. Kleidung besteht er nur so viel, um seine Wägen zu bedecken. Schuhe, Strümpfe u. s. w. kennt er nicht. Wenn man als Kulturmann so etwas zum ersten Male sieht, wird einem schrecklich zu Muthe. Einige Chinesen haben wir auf unserm Werk, die stehen sich besser. Sie sind Kanton-Chinesen (von der Stadt Kanton) und arbeiten als erste Schmelzer, erste Puddler, Schneide, Schloffer u. s. w. Sie verdienen bis zu 30 Dollars pro Monat (87 M.). Diese Leute leben nach ihren, das heißt chinesischen Verhältnissen sehr gut. Können auch noch sparen, da hier das Leben billig ist. So kostet ein Dukent hier 4—5 Pf., ein Pfund Rindfleisch 9—10 Pf. Da nun die Bedürfnisse eines Chinesen gedeckt sind, wenn er Keis essen, schlafen und Opium rauchen kann, so vermag eine Familie von 4—5 Personen ganz gut — immer chinesisch betrachtet — mit 2 M. für den Monat auskommen. Europa bedauere ich, wenn China seine Industrie so entwickelt hat, daß es nichts mehr von Außen bezieht, sondern seine Produkte ausführt.“

### Soziale Rechtspflege.

**Reichs-Versicherungsamt.** Beim Schießen von Sperlingen hatte sich der landwirtschaftliche Arbeiter B. so erheblich verletzt, daß seine Erwerbsfähigkeit herabgemindert wurde. Er erhob dann bei der zuständigen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Anspruch auf eine Unfallrente, wurde jedoch mit der Begründung abgewiesen, daß ein landwirtschaftlicher Betriebsunfall nicht vorliege. Das Schiedsgericht und auch das Reichs-Versicherungsamt waren aber anderer Meinung und verurtheilten die Genossenschaft zur Rentezahlung. Das Revisionsgericht führte in seinem Erkenntnis aus, daß es im Interesse der Landwirtschaft liege, wenn der Uebernahme der Spaten vorgebeugt werde, ebenso wie das Entfernen der Ästen von Bäumen und Feldfrüchten und die Vernichtung der Feldmäuse. Der Unfall des Klägers B. sei deshalb als Unfall beim landwirtschaftlichen Betriebe zu behandeln.

Der Arbeiter A. war eines Tages bei seiner Arbeit, die er in einem Thalkessel zu verrichten hatte, den Sonnenstrahlen besonders ausgesetzt gewesen und hatte infolge dessen einen Hitzschlag erlitten, dem er dann auch erlag. Seine Wittve verlangte die gesetzliche Unfallrente, ohne indes einen günstigen Bescheid zu erzielen. Das Reichs-Versicherungsamt als letzte Instanz sprach ihr jedoch die Rente zu. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß ein Hitzschlag sich so schnell entwickle, daß er als

Unfall gelten müsse. Speziell im vorliegenden Falle sei anzunehmen, daß es sich um einen Betriebsunfall handle, weil A. durch den Betrieb der Kessel, einen Sonnenstich zu erleiden, besonders ausgesetzt war.

### Gerichts-Zeitung.

Nach siebzehnständiger Arbeitszeit im Gefängnis! Der Berlin-Hamburger Schnellzug entging in der Nacht des 7. Juni d. J. mit genauer Noth einer entsetzlichen Gefahr. An dem Uebertange über die Chaussee von Spandau nach Bicheldorf fuhr ein Motorwagen der Spandauer Straßenbahn direkt durch die geschlossene Barriere und auf den Schnellzug los. Der Maschinistführer des Schnellzuges hatte die Gefahr des Zusammenstoßes bemerkt und mit aller Kraft gebremst. Der Motorwagen fuhr bis auf einen Meter Entfernung an den dritten Wagen des Schnellzuges heran, kam aber hier glücklich noch zum Stehen, ohne daß außer der zerbrochenen Barriere irgend welcher Schaden angerichtet wurde. Gegen den Führer des Motorwagens, den Maschinenführer Wilhelm Willberg, wurde Anklage wegen fahrlässiger Gefährdung zweier Eisenbahntransporte erhoben. Der Angeklagte gab zu seiner Entschuldigung an, daß zwei Postkutsche vor ihm der gefahren seien, die ihm die Aussicht versperrt hätten, so daß er das Halbesignal, die rote Laterne, nicht habe sehen können. Als er dann die Laterne sah, war es trotz allem Bremsen zu spät, um vor der Barriere zu halten. Außerdem habe er die Fahrt um 7 Uhr morgens begonnen und der Vorfall habe sich kurz vor 12 Uhr Nachts, also nach 17stündigem Dienste abgespielt. Während der Zeit habe er nur knapp 20 Minuten Mittag- und Abendbrot-Pause gehabt, weshalb er im höchsten Grade abgespannt gewesen sei. Der Verteidiger, Rechtsanwalt D. Gabriel, warf die Rechtsfrage auf, ob überhaupt die Gefährdung eines Eisenbahn-Transportes vorliege. Eine Beschädigung eines Transportes habe nicht stattgefunden, der Angeklagte sei nur um einen Meter zu weit gefahren und habe zwar die Barriere zerstört, diese sei jedoch kein Eisenbahn-Transport. Der Gerichtshof entschied, daß für das Vorhandensein des zur Anklage stehenden Delikts nicht die Frage, ob ein Schaden entstanden, maßgebend sei, sondern die begründete Befürchtung der Gefährdung des Delikts erfolge. Diese Befürchtung war begründet, herbeigeführt durch die ungelähmte Aufmerksamkeit des Angeklagten. Möchte derselbe nach dem laugen Dienst noch reichlich 16½ Stunden im hohen Grade abgESPANNT sein, so müßte er doch an dieser gefährlichen Stelle alle seine Kräfte noch einmal ganz besonders anspannen! Die Abspannung betrefte ihn zwar nicht von aller Schuld, wohl aber sei dieselbe ein Grund für mildeste Verurteilung, weshalb nur auf zwei Tage Gefängnis erkannt worden sei.

Tag nicht statt der Anklage gegen den angeschuldigten Maschinisten der Bedanke näher, die eigentlich Schuldigen, in diesem Falle nämlich die Direktoren der Spandauer Straßenbahn für den Fall strafrechtlich haftbar zu machen? Diese haben durch die übermäßige Ausbeutung eines Mannes, der auf gefahrvollem Posten gesetzt war, sich einer handlungsschuldig gemacht, die mit der härtesten Strafe noch milde gefügt wäre. So lange die Staatsgewalt nicht diejenigen scharf beim Kragen packt, die einzig um des Profits willen Leben und Gesundheit sowohl des Publikums als auch der Arbeiter pflichtvergessen auf Spiel setzen, solange werden sich auch immer Fälle, wie der gegenwärtige wieder ereignen. Jetzt hat der Maschinist zwischen der Hungerpeinliche und dem Gefängnis zu wählen, während die Direktoren in alten Ehren Lantionnen schlafen.

Ein **eigenthümlicher Rechtsfall** spielte sich am 29. August vor der 2. Strafkammer am Landgericht I. ab. Der Buchhalter Dawerbutz war angeklagt, in den Jahren 1895/96 seinem Chef gegen 1800 M. unterschlagen und zur Verdeckung seiner That Urkunden gefälscht zu haben. Er hatte in den Monaten September 1896 bis Februar 1897 zu wiederholten Malen Gelder bekommen, um sie an die Gläubiger seines Chefs durch die Post abzusenden, er schickte jedoch die Beträge nicht in voller Höhe ab, sondern eignete sich von denselben Theilbeträge an. Um die Entdeckung zu verhindern, änderte er in dem Post-Diktationsschreiben, in welchem über die kleineren Summen quittirt war, die Zahlen ab, so daß es den Aufschein hatte, als wenn er die richtigen Beträge zur Post gegeben hätte. Der Angeklagte war in vollem Umfange gefänglich. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Freundenthal, machte darauf aufmerksam, daß der Angeklagte am 8. August wegen mehrfacher Unterschlagungen im Gesamtbetrag von 200 M., um welche der Angeklagte, außer den obenverwähnten 1800 M., seinen Chef durch gleiche Misdthaten geschädigt hat, bestraft worden sei, indem in der Anklage und dem Öffnungsbeschluß und dem Urtheil wegen der 200 M. angenommen wurde, daß nicht eine Reihe von Unterschlagungen, sondern eine einzige fortgesetzte Unterschlagung vorliege. Die herbeigeschafften Beweise ergaben, daß der Angeklagte thatsächlich am 8. August wegen einer fortgesetzten Unterschlagung verurtheilt worden. Rechtsanwalt Freundenthal plädirt für Einstellung des Verfahrens, da angesichts der Verurtheilung am 8. August für eine neue Strafklage kein Raum sei, während seitens der Staatsanwaltschaft eine Zusatzstrafe von 6 Monaten beantragt wurde. Der Gerichtshof stellte das Verfahren ein, da nach dem Urtheile vom 8. August die Strafklage konsumirt ist.

Ein **schwerer Unfall** auf dem Karoussell führte gestern den Karoussellführer Heinrich Jale aus der Holzstraße unter der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung unter Ausbrechlassung der Berufspflicht vor die erste Strafkammer am Landgericht II. Als am 7. Juni, einem Sonntage, nachmittags vier Uhr das in Schöneberg aufgestellte Karoussell des Angeklagten zum ersten Male in Gang gesetzt wurde und in vollen Schwung kam, flogen plötzlich zwei Wagen, in denen eine Frau und zwei Kinder saßen, mit solcher Vehemenz herab, daß ein benachbarter Mann, der ihren Flug aufhielt, zusammenbrach. Die Frau und die beiden Kinder wurden bewußtlos unter den Trümmern hervorgezogen. Die eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß die abgestürzten Wagen auf der Plattform des Karoussells nicht befestigt waren und so infolge der Schlenkerkraft während der schnellen Umdrehung herunter fielen mußten. Der Angeklagte, ein altersschwacher Weib, mußte als Verfehrer des Karoussells für die richtige sachgemäße Aufstellung verantwortlich gemacht werden; da die Abgestürzten aber schwerere Verletzungen nicht erlitten haben, so ließ der Gerichtshof Milde walten und erkannte nur auf 30 M. Geldstrafe.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

**Wilhelmshaven**, 1. September. (N. Z. B.) Die vor zwei Monaten im Seebatalion und in der Patroneartillerie ausgebrochene Augenkrankheit ist, wie amtlich bekannt gegeben wird, erloschen. Die Kasernements sind von den betreffenden Marine- theilen wieder bezogen worden.

**Konstantinopel**, 1. September. (Meldung des Wiener I. I. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau.) In allen Konsulaten laufen Zeitgesuche um Verproviantirung der in Gefängnissen eingeschlossenen armenischen Wäter und um Befreiung der Armenier aus dem Gefängnisse ein.

Die Beamten des österreichisch-ungarischen Konsulats gerietten bei der Beschäftigung österreichisch-ungarischer Bürger und Geschäfte wiederholt in gefährliche Situationen. Die türkische Polizei leistete bei derartigen Vorkommnissen stets korrekt Hilfe. Allgemein gilt als sicher, daß die revolutionäre Aktion der Armenier von dem Londoner Komitee geleitet wird und die Vorbereitungen von den Unterkomitees in Athen und Odesa getroffen werden.

## Ueber den Boykott.

Wir wandten uns kürzlich gegen Anträge, die der Parteigenosse v. Elm in Beziehung auf eine generelle Organisation des Boykotts dem Hamburger Gewerkschaftskartell vorgelegt hatte, die aber von diesem abgelehnt worden waren. Auf unsere Polemik sandte Genosse v. Elm eine Erwiderung, um deren wörtlichen Abdruck er bat. Da der Boykott als Waffe im Kampfe gegen das Unternehmertum jetzt mehr und mehr in Schwang kommt, wird die Diskussion über dies Thema nicht ohne Nutzen sein. Wir kommen aus diesem Grunde dem Elm'schen Wunsche auf wörtlichen Abdruck seiner umfangreichen Erwiderung nach, und schicken zur Orientierung noch voraus, was wir geschrieben hatten. Im Anschluß an die Elm'sche Erwiderung werden wir unseren Standpunkt zum Boykott darlegen.

In Nr. 190 des „Vorwärts“ im „Gewerkschaftlichen“ veröffentlichten wir folgenden Artikel:

Das Hamburger Gewerkschaftskartell faßt in seiner Sitzung vom 5. August Beschluß über einen Antrag, den wir wegen seiner symptomatischen Bedeutung hier wörtlich wiedergeben. Er war von dem Genossen v. Elm gestellt und lautete:

„Das Hamburger Gewerkschaftskartell beschließt und empfiehlt allen Gewerkschaftskartellen folgende leitende Grundsätze bezüglich des Verhaltens derselben bei Streiks und Boykotts:

1. Ueber Zweckmäßigkeit und Berechtigung von Streiks haben, soweit es sich um Angehörige von Zentralverbänden handelt, die beteiligten Arbeiter und der Vorstand der Organisationen derselben zu entscheiden, und hat jede Erörterung in öffentlichen Sitzungen der Gewerkschaftskartelle über diese Punkte während der Dauer des Kampfes im Interesse der Arbeiter zu unterbleiben. Ist eine Gewerkschaft außer Stande, mit eigenen Mitteln einen Streik durchzuführen zu können, so hält sich das Kartell nur dann verpflichtet, für Unterstützung der Streikenden einzutreten, wenn seitens der Leitung der Gewerkschaft vor Eintritt in einen Streik eine Verständigung mit dem Kartell über die Aufbringung von Mitteln herbeigeführt worden ist. Die Erörterung und Entscheidung hierüber erfolgt in einer geschlossenen Delegiertenversammlung, zu welcher bei wichtigen Fällen die örtlichen Vorstände der Gewerkschaften heranzuziehen sind. Die in diesen Sitzungen gemachten Mitteilungen über die vorhandenen Ressourcen der in einen Streik eintretenden Gewerkschaft sind von den Anwesenden als streng vertraulich zu behandeln.

2. Das Recht, einen Boykott zu verhängen, ist Sache des Gewerkschaftskartells des Ortes, wo sich die zu boykottierende Firma befindet. Wünscht das betreffende Kartell den Boykott über mehrere Orte oder über ganz Deutschland auszuheben, so hat es die Angelegenheit der Generalkommission, resp. falls diese solche für nötig erachtet, dem Generalausschuß der Gewerkschaften Deutschlands zur Prüfung zu unterbreiten.

3. Die Gewerkschaftskartelle aller Orten sind verpflichtet, die nötigen Maßnahmen zur wirksamen Durchführung eines von der Zentralleitung als berechtigt anerkannten Boykotts zu ergreifen, und hat jede öffentliche Kritik über die Berechtigung und Zweckmäßigkeit eines beschlossenen Boykotts in den Sitzungen der übrigen Gewerkschaftskartelle zu unterbleiben.

4. Die Arbeiterpresse ist verpflichtet, für die Durchführung eines beschlossenen Boykotts energisch Propaganda zu machen und hat die Aufnahme aller Annoncen, welche sich gegen den Boykott richten, namentlich aber solcher, in welchen gegen die Berechtigung des Boykotts argumentiert wird, zu verweigern.

5. Das Recht, einen Boykott für beendet zu erklären, haben weder die streikenden Arbeiter noch die Redaktion der Arbeiterpresse. Zu einem derartigen Beschluß ist einzig und allein das Gewerkschaftskartell desjenigen Ortes, wo sich die boykottierte Firma befindet, berechtigt.

Dieser Antrag zeigt deutlich, wohin es führt, wenn man gewerkschaftliche Methoden anderer Länder, z. B. Amerika's, ohne weiteres auch in Deutschland praktizieren will. Wir haben in Deutschland eine sozialdemokratische Wählerschaft von 1 1/2 Millionen! Diese ist zwar gut genug, einen Boykott zu vollziehen, aber darüber mitzureden, ob der Boykott berechtigt und durchführbar ist oder nicht, das soll ihr nach dem Elm'schen Antrage nicht zustehen. Die Massen und ihre Organe sollen überhaupt nicht mitreden, sondern die Gewerkschaftsorganisationen, zuletzt natürlich die Generalkommission, die zudem unter der Arbeiterschaft keinerlei große Autorität besitzt, sollen diktiert können, was ihnen paßt. Und die Arbeiterpresse, die dabei in erster Linie ihre Haut zu Markte zu tragen hätte, wäre „verpflichtet“, für jeden solchermaßen sanktionierten Boykott „energisch Propaganda zu machen“, ganz gleich, ob sie den Boykott billigt oder nicht. Und was am Ende in Hamburg als richtig empfunden werden mag, das soll nun am liebsten gleich in ganz Deutschland eingeführt werden.

Das Hamburger Gewerkschaftskartell hat sich ein Verdienst erworben, als es den Elm'schen Antrag ablehnte. Die Abstimmung ist um so bedeutungsvoller, als sie namentlich erfolgte und fast eine Zweidrittel-Mehrheit gegen den Antrag ergab. Für den Antrag stimmten 29, dagegen 83 Delegierte.

Auf diesen Artikel sandte uns Genosse v. Elm folgende Erwiderung, deren Abdruck er auch von den übrigen Arbeiterblätter erwartet, die sich in unserem Sinne äußerten:

Anträge bezüglich Boykotts und Streiks.

In Nr. 190 des „Vorwärts“ sind meine Anträge, welche ich kürzlich im Hamburger Gewerkschaftskartell gestellt habe, wiedergegeben und wird im Anschluß daran erklärt, daß sich das Hamburger Gewerkschaftskartell ein Verdienst dadurch erworben habe, daß es meine Anträge ablehnte. Da nun auch andere Arbeiterblätter sich in gleich abschlägiger Weise über meine Anträge äußern, wird mir die Redaktion wohl gestatten, mich als Antragsteller selbst einmal zu der Sache zu äußern. Zunächst läßt der „Vorwärts“ unerwähnt, daß Punkt 1 des Antrages seinem wesentlichsten Inhalte nach vom Hamburger Gewerkschaftskartell angenommen wurde; über Streiks und Boykotts wird für die Folge nicht mehr in öffentlichen Sitzungen des Kartells, sondern in Sitzungen, zu welchen nur die dazu bestimmten Vertreter der Gewerkschaften Zutritt haben, verhandelt und beschlossen werden.

Was die Ablehnung der übrigen Punkte anbelangt, so würde das Vot, welches der „Vorwärts“ dem Hamburger Gewerkschaftskartell spendet, sofort verstimmen, wenn ihm die Gründe der Ablehnung bekannt wären. Gegen die Anträge betreffend Boykott und Presse sprach nur ein Genosse, und dieser erklärte ausdrücklich, daß er grundsätzlich mit meinen Anträgen einverstanden sei und daß er nur aus rein taktischen Gründen um Ablehnung meiner Anträge bitte. Eine einheitliche Regelung der Boykottfrage sei notwendig, doch könne es eventuell zu Kompetenzkonflikten führen, wolle man, wo der Gewerkschaftskongress dieses nicht ausdrücklich beschloffen habe, jetzt der Generalkommission oder dem Generalausschuß der Gewerkschaften Deutschlands die Aufgabe zuertheilen, über Boykotts Beschlüsse zu fassen.

Ueber die Pflichten der Presse Beschlüsse zu fassen, hielt der Genosse für überflüssig, da nach seiner Meinung sich die Redaktionen um derartige Beschlüsse nicht nur nicht kümmern, sondern in vielen Fällen noch ihre höhnischen Randglossen dazu machen.

Die Redaktion des „Vorwärts“ wird nach dieser kurzen, aber wahrheitsgemäßen Erläuterung zu den Gründen der Ablehnung meiner Anträge mit mir darüber wohl einig sein, daß die latente Anerkennung, welche sie den Gegnern meines Antrages ausspricht, besser unterblieben wäre.

Noch weniger am Platz halte ich die ganz unnötige Anrempelung der Generalkommission bei dieser Gelegenheit, die nach dem „Vorwärts“ „notorisch keine große Autorität unter der Arbeiterschaft besitzt“. Die Meinung des „Vorwärts“ in Ehren — aber die Thatsache steht nun doch einmal fest, daß die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands durch ihre Vertreter resp. kürzlich die Institution der Generalkommission nahezu einstimmig als notwendig und nützlich anerkannt hat.

Zudem sind die Mitglieder der Generalkommission an meinen Anträgen so unschuldig wie ein Lamm, da sie absolut nichts von denselben gewußt haben.

Ich bin nicht mehr Mitglied der Generalkommission und habe mit keinem Mitgliede derselben auch nur ein Wort über meine Anträge gesprochen.

Die Veranlassung zur Stellung meiner Anträge ist nun nicht, wie der „Vorwärts“ annimmt, meine Kenntnis amerikanischer gewerkschaftlicher Methoden, vielmehr sind es Dinge, welche sich bei uns zu Hause ereignet haben, welche mir eine Regelung der in meinen Anträgen behandelten Punkte als dringend geboten erscheinen ließen. Die Thatsachen selber werden meine Anträge denen, welchen dieselben ohne Kenntnis der Verhältnisse vielleicht befremdlich erscheinen, zum mindesten erklärlich machen, dieselben sind nach meinem Dafürhalten auch für weitere Kreise von Interesse.

Die Arbeiter der Margarinesabrik des Herrn Mohr-Bahrenfeld waren von diesem ausgesperrt worden; mehrere große Volksversammlungen, als auch das Gewerkschaftskartell von Altona hatten den Boykott über die Mohr'sche Margarine erklärt. Da diese nun nicht nur in Altona-Ottensen konsumiert wird, sondern in ganz Deutschland, wandten sich die Boykottkommission, die Vertreter der ausgesperrten Arbeiter und auch der Vertrauensmann der Partei von Ottensen zu wiederholten Malen an die Redaktion des Zentralorgans der Partei, den „Vorwärts“, um Aufnahme eines Appells an die deutsche Arbeiterschaft bitten, den Boykott in allen Orten Deutschlands zu erklären, wo Mohr's Margarine in Arbeiterkreisen konsumiert werde. Auch an die Redaktionen der Partei-Organe in Sachsen, wo die Margarine des Herrn Mohr sehr gut eingeführt sein soll, wurden ähnliche Appelle gesandt. Ob die letzteren diese veröffentlichten, weiß ich nicht, mitgeteilt wurde mir, daß es nicht geschehen sein soll; von der Redaktion des „Vorwärts“ weiß ich bestimmt, daß dieselbe die Appelle der Arbeiter nicht zum Abdruck brachte. Die Gründe dafür sind mir unbekannt, da die Redaktion weder im Briefkasten darüber eine Erklärung abgab, noch die Boykottkommission brieflich hierüber unterrichtete.

Um nun ihre Sache dennoch an die Öffentlichkeit zu bringen, verfaßte die Kommission noch im letzten Augenblick ein Zirkular an die im „Vorwärts“ bekannt gegebenen Redner der Mai-Versammlungen, diese ersuchend, eine Resolution zu ihren Gunsten am 1. Mai zu beschließen. Ein Theil der Redner in Berlin, welche dieses Zirkular noch rechtzeitig genug erhalten haben, werden sich denselben jedenfalls noch entsinnen.

Die geringe Sympathie, welche die Redaktionen der Arbeiterblätter diesem Boykott über ein fast ausschließlich von Arbeitern konsumiertes Nahrungsmittel entgegenbrachten, war dann weiter die Veranlassung, weshalb die Delegierten der Fabrikarbeiter aus Ottensen eine Resolution zu Gunsten des Boykotts auf dem Gewerkschaftskongress einbrachten, welche von denselben ja auch nahezu einstimmig angenommen wurde.

Begüglich der Redaktion des hiesigen Partei-Organs, des „Hamburger Echo“, war in Arbeiterkreisen sehr bald die Meinung vorhanden, daß dieselbe den Boykott verurtheile. Besonders gab dazu Veranlassung die Aufnahme eines Inserats, worin Mohr'sche Margarine empfohlen wurde.

Ein weiterer, das Verhalten der Presse bei Boykotts berührender Vorfall ist folgender: Stattgehabte Verhandlungen hatten scheinbar zu einer Einigung zwischen Herrn Mohr und seinen Arbeitern geführt.

Am darauf folgenden Tage brachten hierüber sowohl das „Hamburger Echo“ als auch der „Vorwärts“ eine Notiz, in welcher erklärt wurde, daß demnach der Boykott als beendet zu betrachten sei. Die Einigung war jedoch nicht zu Stande gekommen, da Herr Mohr, seinem ausdrücklichen Versprechen entgegen, eine Reihe älterer Arbeiter, namentlich Frauen, zu maßregeln beabsichtigte. Unter diesen Umständen war die Notiz bezüglich der Beendigung des Boykotts jedenfalls ein nicht wieder gut zu machender Fehler und bezweckte nun mein Antrag, derartigen Vorkommissen für die Folge vorzubeugen.

Der Boykott von Mohr's Margarine war beschlossen vom Altonaer Gewerkschaftskartell, von von vielen tausenden von Arbeitern besuchten Volksversammlungen in Ottensen, Altona, Hamburg, Wandstedt, Harburg, Lübeck und ebenfalls noch in einer ganzen Anzahl von Städten in der Provinz Schleswig-Holstein. Ein Antrag auf Unterstützung der Streikenden brachte die Angelegenheit auch vor das Forum des Hamburger Gewerkschaftskartells. Infolge Unterstützung mehrerer anderer Streiks waren die Mittel des Kartells damals sehr knapp.

Anstatt nun einfach zu erklären, wir sind zur Zeit außer Stande, Gelder für die streikenden Mohr'schen Arbeiter bewilligen zu können, gestielten sich mehrere Redner darin, gegen den Boykott selbst zu polemisieren. Dieses geschah in einer Weise, wie man solche von zielbewußten Arbeitern während der Zeit, wo die Arbeiter mitten im Kampfe standen, nicht erwarten sollte. Selbstverständlich waren diese Erörterungen für die kapitalistische „Mahrenfeld'sche“ Presse ein gesundes Fressen. Ein ausführlicher, tendenziös zugespitzter Bericht erschien im Hamburger Fremdenblatt und anderen Blättern. Herr Mohr, als gewiegter Geschäftsmann, nutzte die Situation selbstverständlich für sich aus.

Er ließ den Bericht drucken und versandte denselben zusammen mit noch einem anderen Zirkular an seine Kundschaft. In mehreren Distrikten Hamburgs und Altona's wurden beide Zirkulare sogar als Flugblatt von Haus zu Haus verbreitet.

In seinem Begleit Schreiben bemerkt Herr Mohr zu dem Bericht über die Kartellführung:

„Ich erlaube mir, Ihnen beiliegend den Bericht über eine am Mittwoch in Hamburg stattgehabene große sozialdemokratische Volksversammlung (gemeint ist die Kartellführung) zu

\*) Die betreffende Meldung war uns aus Hamburg telegraphisch worden. Wir veröffentlichten sie in der Nummer vom 22. April; sie lautet wörtlich wie folgt: „Aus Hamburg wird uns telegraphisch, daß der Ausstand in der Mohr'schen Margarinesabrik gestern durch einen für beide Theile nicht verletzenden Vergleich beendet worden ist. Infolge dessen ist der Boykott über die Mohr'sche Margarine aufgehoben.“

überfenden. Sie wollen daraus gest. ersehen, daß die sozialdemokratischen Redner, obgleich meine Gegner, selbst erklärt haben, der Boykott mir gegenüber sei machtlos, weil meine Margarine besser sei als alle Konkurrenzfabrikate.“

Letztere Aeußerung war thatsächlich von einem Delegierten der Maurer in jener Kartellführung gemacht worden.

Nach den vorstehenden Schilderungen halte ich mich zu der Annahme berechtigt, daß im Interesse der Arbeiterbewegung jeder Genosse mit mir wünschen wird, daß in Zukunft derartige Fehler vermieden werden. Eine einheitliche Regelung der Boykottfrage erscheint mir dringend notwendig. Meinungsverschiedenheiten können wohl nur darüber bestehen, wie diese Regelung am besten zu bewerkstelligen ist.

Gegen meinen Vorschlag führt der „Vorwärts“ nun die 1 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler ins Feld. Leider erfahren wir nicht, wie diese 1 1/2 Millionen Menschen, sofern es sich um einen Boykott in ganz Deutschland handelt, ihrer Meinung Ausdruck verleihen sollen. In in jedem in Frage kommenden Ort einberufenen Volksversammlungen? Nach dem Berliner Bierboykott, wo doch nur eine Stadt in Frage kam, äußerte schon der Genosse Auer in einem Artikel über denselben im „Sozialpolitischen Zentralblatt“:

„Kein Organ ist ungeeigneter, wichtige, faktische und prinzipielle Fragen zu würdigen und zur Entscheidung zu bringen, als sogenannte Volksversammlungen. Die Zusammenfügung solcher Versammlungen wird stets vom Zufall abhängen, und der Zufall wird deshalb auch stets ihre Beschlüsse beherrschen. Da aber, wo es sich um Entscheidungen von höchster faktischer und prinzipieller Wichtigkeit handelt, da kann und darf der Zufall nicht das entscheidende Wort sprechen.“

Einen direkten Vorschlag, welcher Instanz die Entscheidungen zu übertragen wären, macht auch der Genosse Auer nicht.

Nach meiner unmaßgeblichen Meinung kann aber darüber Unklarheit gar nicht herrschen.

Boykotts werden erklärt im Interesse der politischen Partei bei Sozialverweigerungen u. Selbstverständlich werden sich die Gewerkschaften und ihre Organe nicht anmaßen, hierüber die Entscheidung treffen zu wollen, obwohl dieselben dadurch oft unangenehme Störungen ausgeht sein können. Boykotts sind aber unter Umständen notwendige Folge wirtschaftlicher Kämpfe; in solchen Fällen halte ich einzig und allein die Gewerkschaften und ihre Organe für berufen, ein Urtheil abzugeben. Die 1 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler kommen dabei jedenfalls zu ihrem Recht. Wie viel Prozent von diesen 1 1/2 Millionen sollten wohl keine Arbeiter sein? Und soweit dieselben Arbeiter sind, ist es nach den Beschlüssen der sozialdemokratischen Partei ihre Pflicht, sich den Gewerkschaften anzuschließen. Den Pflichtvergessenen und Saumseligen gewissermaßen als Prämie für ihre Unterlassungssünden noch ein besonderes Recht einzuräumen zu wollen, wäre im Interesse der Organisation der Arbeiterklasse das Verlehrteste, was geschehen könnte. Soweit die sozialdemokratischen Wähler aber ihre Schuldigkeit auch in gewerkschaftlicher Beziehung thun, haben sie als organisierte Arbeiter durch die von ihnen gewählten Vertreter das Entscheidungsrecht. Die örtlichen Gewerkschaftskartelle und sofern es sich um allgemeine Boykotts für das ganze Reich handelt, die Generalkommission oder der Generalausschuß sind nach meinem Dafürhalten die einzigsten Institutionen, welchen man eine Entscheidung bei Boykotts im wirtschaftlichen Kampfe und die zur Durchführung desselben notwendigen Arbeiten übertragen kann.

Obgleich die Redaktion des „Vorwärts“ es nicht ausdrückt, so nehme ich doch an, daß sie das Recht der Entscheidung über Boykotts einzig und allein für die Partei und ihre Organe beansprucht. Im Interesse der Partei und ihrer Vertreter scheint mir dieses durchaus nicht rathsam zu sein. Boykotts, welche ihren Ursprung im wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter haben, sind erfahrungsmäßig aus mehr als einem Grunde in Deutschland recht schwer durchzuführen. Würden die Partei und ihre Organe zu entscheiden haben, so würde jede Niederlage der Arbeiter bei einem Boykott auch für die politische Partei die schlimmsten Nachwirkungen haben können. Der Berliner Bierboykott scheint mir ein warnendes Beispiel in dieser Richtung zu sein. Würde der Ausgang des Kampfes ein noch ungünstigerer für die betr. Arbeiter gewesen sein, als er es in Wirklichkeit war, so hätte darunter das Ansehen der Partei und ihrer bei dem Boykott beteiligten Vertreter zweifellos gelitten.

Nun bin ich keineswegs der Meinung, daß ohne Rücksicht auf die politische Situation größere wirtschaftliche Kämpfe und Boykotts unternommen werden sollten, doch meine ich, läßt sich eine Verständigung mit den Organen der politischen Partei herbeiführen, auch ohne daß diese selbst als die entscheidenden Körperschaften vor die Öffentlichkeit zu treten brauchen. Was meinen Antrag bezüglich der Presse betrifft, so ist derselbe wohl am meisten mißverstanden worden. Ich bemerke, daß das Hamburger Gewerkschaftskartell wiederholt den Wunsch ausgesprochen habe, daß Vertreter des „Hamburger Echo“ in den Sitzungen des Kartells zugegen sein möchten. Das Recht, sich an den Debatten zu betheiligen, ist denselben noch nie bestritten worden und habe gerade ich selber bei Erörterung meiner Anträge ausdrücklich erklärt, daß ich es sogar für wünschenswerth erachte, wenn die Vertreter der Arbeiterpresse an den Verhandlungen über Boykotts teilnehmen.

Aber — ist ein Boykott einmal von den dazu bestimmten Organen endgiltig beschlossen, dann erachte ich es allerdings für Pflicht der Redaktionen der Arbeiterblätter, dafür energisch einzutreten. Die Arbeiterpresse soll und muß sein eine Waffe im Kampfe der Arbeiter gegen das Kapital; keineswegs kann ich deshalb den Redakteuren der Arbeiterblätter das Recht zugesprechen, entgegen den Beschlüssen der Arbeiter ihrer Privatmeinung über einen Streik oder einen Boykott der auf dem Papier ihnen zur Verfügung stehenden Arbeiterzeitung Ausdruck zu geben. Meine unmaßgebliche Meinung ist, daß Redakteure sich kein Sonderrecht vor anderen Genossen aneignen dürfen. Im Kampfe muß Disziplin herrschen, andernfalls keine Siege zu erringen.

Der wirtschaftliche Kampf hat für mich dieselbe hohe Bedeutung wie der politische. In politischer Beziehung haben wir im Kampfe mit den Gegnern bisher immer einheitlich und geschlossen gehandelt; im wirtschaftlichen Kampfe war dies bisher leider nicht immer der Fall. Dem doch wohl berechtigten Wunsche, eine größere Einheitlichkeit anzubahnen, sind meine Anträge entsprossen, und hoffe ich dadurch eine Anregung gegeben zu haben, daß diese Frage in den Kreisen der Genossen einmal ernstlich erörtert wird.

A. von Elm.

Bei der Darlegung unseres Standpunktes zu der Elm'schen Erwiderung wollen wir gleich mit deren Kern beginnen, nämlich mit der von Elm gewünschten einheitlichen Regelung der Boykottfrage.“ Elm feht voraus, daß eine einheitliche Regelung durchführbar ist, wenn die Generalkommission oder der Generalausschuß der Gewerkschaften mit dahin gehenden Funktionen betraut

werden. Aber die Erfahrungen, die man mit der viel versuchten einheitlichen Regelung der Streiks gemacht hat, lassen den Schluss zu, daß ebensoviele wie die Arbeiter bei Streiks auf die Regelung von Zentralinstanzen Rücksicht nehmen, wenn ihnen das Reglement nicht paßt, sie ebensoviele in Boykottangelegenheiten den Anordnungen der Generalkommission oder des Gewerkschaftsausschusses gehorchen würden. Zentralisationsbestrebungen solcher Art haben sich bisher stets als verfehlt erwiesen, und möglichere Weise sind die dezentralen Reigungen der Arbeiter in dieser Beziehung auch eher von Nutzen als das Gegenteil, denn sie erhalten die einzelnen Arbeiterkreise regiam, machen sie kampffähiger, während sie notorisch gar zu leicht erschaffen, wenn sie ihr Wohl und Wehe ganz in die Hände einer Zentralinstanz legen.

Einen Boykott über ganz Deutschland durchzuführen, ist ganz unmöglich; hierzu gehören lange Vorbereitungen, Organisationen und Geldmittel, über die wir nicht verfügen. Könnte man Boykotts durch Versammlungsbeschüsse allein durchführen so wäre Elm's Vorschlag diskutabel, da aber dazu ganz anderes gehört, so ist ein Boykott über ein ganzes Land undurchführbar. Aber angenommen, es wäre eine einheitliche Regelung des Boykotts durch die von Elm gewünschte Zentralinstanz möglich, so kann die Gesamtheit des arbeitenden Volkes doch nienials auf das natürliche Recht verzichten, mit darüber zu reden, ob ein Boykott am Platze und ob er durchführbar ist. Das Gegenüber ließe an die Stelle des demokratischen Beschlußfassungsrechts einen Absolutismus setzen, der durchaus nicht genießbarer wird, weil seine Ausüßer Gewerkschaftsvorstände und Generalkommission sein.

Jeder Arbeiter hat das selbstverständliche Recht, seine Lage dem Unternehmer gegenüber zu verbessern, aber diesem Rechte parallel läßt die Pflicht, vor allen Dingen selber dafür einzutreten. Sind schon die Gewerkschaften mit wenigen Mitgliedern ihrer Dymmacht halber gar zu leicht geneigt, den Boykott anzuwenden, weil die Opfer dieses Kampfmittels von den Massen getragen werden, so ist das noch viel mehr der Fall bei den Arbeitern, die keiner Organisation angehören; diesen gegenüber bedeutet die Unterfützung des Boykotts durch die Massen vielfach weiter nichts als eine Prämie auf die gewerkschaftliche und politische Indifferenz. Wenn den Arbeitern gewohnheitsmäßig durch den Boykott geholfen wird, so halten sie es für überflüssig, ihrer Gewerkschaft länger als nur im Falle der augenblicklichen Noth sich anzuschließen und jahrelang Beiträge zu zahlen.

Die Massen des arbeitenden Volkes können sich aber nicht allzu häufig den mitunter sehr großen Mühen und Nachtheilen sowie den Gefahren eines Boykotts aussetzen, sondern die Gewerkschaften dürfen das von ihnen nur verlangen, wenn es sich wirklich um berufliche Konflikte von allgemeiner Bedeutung handelt, und darüber in letzter Instanz zu entscheiden, muß man wohl oder übel den Massen selbst überlassen.

Die Meinung, nur die gewerkschaftlich organisierten Angehörigen des arbeitenden Volkes hätten ein Recht, darüber zu bestimmen, erliegt sich schon durch die Tatsache, daß zur erfolgreichen Fützung eines Boykotts die Teilnahme der trotz Befehlens von Gewerkschaften nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nützlich ist. Aber man bedarf auch der Unterfützung derjenigen Kategorien des arbeitenden Volkes, die keine Gewerkschaften haben, z. B. der in Kommunal- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Beamten, sowie der Privatbeamten, des Dienstpersonals. All diese Kreise gehorchen nicht dem Kommando einer Gewerkschaftsvertretung, sondern, soweit sie zu gewinnen sind, befolgen sie nur die Beschüsse der Volksversammlungen oder der durch allgemeine Wahl ernannten Arbeitervertretungen, sowie die Vorschläge der Arbeiterpresse. Mag Genosse Auer die Volksversammlungen noch so gering einschätzen, es gibt nur einmal keinen anderen Ort, wo die Masse ihren Ansichten und Reigungen Geltung verschaffen kann, wie eben dort. Wenn Volksversammlungen unfähig sein sollen, Boykottfragen zu entscheiden, dann dürfen sie noch viel weniger befähigt sein, über sozialpolitische und über Fragen der sogenannten hohen Politik mitzureden. Die Agitationskraft unserer Partei beruht aber neben der Presse in der Hauptsache in der Volksversammlung. Beweis dafür die Anstrengungen der Gegner von der Ostsee bis zu den Alpen, und die Versammlungslokale abzutreiben. Wenn Volksversammlungen verkehrte Beschüsse fassen, so liegt das vor allem daran, daß diejenigen, die über eine Sache ein anderes Urtheil haben, ihre gegentheilige Meinung nicht in der Volksversammlung zum Ausdruck brachten. Freilich hängt die Zusammenkunft der Volksversammlungen stets vom Zufall ab, aber das schließt nicht ein, daß sie deshalb in der Regel falsch entscheiden müßten. Entscheidungen, die z. B. von Delegierten getroffen werden, sind nicht viel seltener dem Irrthum unterworfen, als Entscheidungen der Massen selbst. In der Hauptsache kommt es darauf an, ob der Volksversammlung ein klares Bild dessen gegeben wird, worüber sie beschließen soll. Ist das der Fall, dann wird ihre Entscheidung meist richtig ausfallen.

Im übrigen ist die Boykottfrage im speziellen nicht zu reglementiren, sondern nur von Fall zu Fall zu entscheiden. Ein Boykott, der aus bedeutungslosen Ursachen heraus von einer Gewerkschaft gewünscht wird, darf allerseits als Unterfützung rechnen; ein Boykott um verhältnismäßig geringer Dinge willen dagegen nicht, so wichtig sie auch den betreffenden Arbeitern erscheinen. Zu bestimmen, wie ein Boykott zu organisiren ist, dazu bedarf's keiner Zentralisation. Die Gewerkschaft, die ihn für nötig hält, mag sich an die Arbeitervertretungen der verschiedenen Orte wenden, wo die Waaren der betreffenden Firma geführt werden. Weist sie nach, daß der Boykott nötig, so wird jeder Ort ihn durchföhren, vorausgesetzt, daß er durchführbar ist. Kein Ort aber kann sich diktiren lassen, was er thun soll. Sofern z. B. die Durchföhren des Boykotts in einem Orte für die Arbeiterchaft dieses Ortes unmöglich ist oder Aussperrungen, kurz Gefahren mit sich brächte, die vielleicht zu dem Nutzen, den der Boykott für die ihn verlangende Gewerkschaft günstigfalls hätte, in keinem Verhältniß ständen, so muß es dem betreffenden Orte freistehen, den Boykott nicht zu verhängen. In diese Seite der Angelegenheit scheint Genosse v. Elm gar nicht gedacht zu haben.

Das arbeitende Volk in seiner Gesamtheit kann sonach nicht darauf verzichten, auch zu Boykotts wirtschaftlicher Natur Stellung zu nehmen. Und das Instrument der Gesamtheit ist eben die Volksversammlung. Dadurch erliegt sich die Meinung v. Elm's, daß wir der sozialdemokratischen Partei das formale Recht der Entscheidung übertragen wissen wollten.

Daß Genosse v. Elm über die Befähigung der Volksversammlungen, in Boykottfragen mitzureden, selber nicht so gering denkt, als er sich den Anschein giebt, wird dadurch erwiesen, daß er sich in Sachen des Mohr'schen Boykotts mit darauf beruft, dieser Boykott sei u. a. von mehreren großen Volksversammlungen erklärt worden. Nun, wenn's beim Mohr'schen Boykott am Platze war, warum soll die Volksversammlung nicht auch sonst den Ausschlag geben?

Genosse v. Elm will nun zu seinen Anträgen, gegen die wir das nötige wohl gesagt haben, insolge der Behandlung des Mohr'schen Margarine-Boykotts durch den "Vorwärts" und das "Hamburger Echo" gekommen sein. Dabur wird es nötig, die Ursachen zu nennen, die zu dem Boykott der Mohr'schen Margarine führten. Wir geben deshalb unter anderem folgende seinerzeit im "Vorwärts" veröffentlichte Notizen wieder:

Zu der Mohr'schen Margarinefabrik in Altona waren Differenzen ausgebrochen, weil einige Angestellte der Fabrik durch grundlose Denunziationen ihre Mitarbeiter bei deren Vorgesetzten verdächtigen, die Fabrikleitung sich aber weigerte, die Denunzianten den Arbeitern namhaft zu machen. Schließlich wurden zwei Denunzianten ermittelt und von der Fabrikleitung den Arbeitern bekannt gegeben. Die Arbeiter und Arbeiterinnen richteten nun in einem Schreiben an Herrn Mohr das Ersuchen, daß die

Denunzianten für ihr verwerfliches Handeln bestraft werden sollten, der eine durch vier Wochen langes Aussetzen der Arbeit, der andere durch Enthebung von seinem Vorarbeiterposten. Herr Mohr lehnte es ab, auf dieses Ersuchen einzugehen und verwies die Arbeiter, als diese sich über die Angelegenheit besprechen wollten, aus der Fabrik, worauf die Arbeiter einmütig die Arbeitsstelle verließen. Bis zur Regelung der Angelegenheit wird die Arbeit in der Fabrik ruhen. Nur fünf von 300 Arbeitern und Arbeiterinnen arbeiten von dem alten Personal weiter. Der Fabrikant sucht, wie wir hören, Ersatz in anderen Städten. ("Vorwärts" v. 10. April 1896.)

Die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen der A. L. Mohr'schen Margarinefabrik in Altona fordern: 1. Sämtliche Streikbrecher sind zu entlassen; 2. alle ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen sind wieder anzustellen; 3. die Vorgesetzten haben die Arbeiter besser zu behandeln wie bisher; 4. der Arbeiterausschuss ist als Vermittelungs-Körperschaft bei Arbeiter-Entlassungen anzuerkennen; 5. die Mißstände sind zu beseitigen, deren Abstellung der Arbeiterausschuss mehrfach bei Mohr beantragt hat; 6. für die Rücker von Altona-Ottensen ist eine Betriebswerkstatt zu errichten; 7. der 1. Mai ist als Feiertag freizugeben. Die für die Mohr'sche Fabrik bei Zwischmeistern arbeitenden Rücker, an welche das Ansuchen gestellt worden ist, Streikbrecher zu werden, werden auch unverzüglich vorgehen und die ihnen geeignet erscheinenden Schritte thun, um nicht nur den ausgesperrten Arbeitern zum Siege zu verhelfen, sondern auch für sich selbst etwas zu erringen. ("Vorwärts" vom 11. April.)

Ueber die Mohr'sche Margarinefabrik in Altona ist von einer über 2000 Personen besuchten Volksversammlung der Boykott verhängt worden, weil Herr Mohr jegliche Vereinbarung mit seinem im Streik stehenden Arbeitern schroff zurückgewiesen hat. Die Versammlung wurde aufgelöst, weil der Vorsitzende der Aufforderung des überwachten Beamten nicht nachkam, einem Redner das Wort zu entziehen, der einige Polizeibeamte wegen ihres schneidigen Verhaltens gegenüber streikenden Rafferforirerinnen kritisiert hatte. ("Vorwärts" vom 12. April.)

Nun hat der Berliner Parteitag in Beziehung auf die Anwendung des Boykotts folgende Richtschnur gegeben:

Der Boykott ist für den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse eine Waffe, die nur unter der aktiven Teilnahme der großen, heute noch nicht organisierten Massen wirksam in Anwendung gebracht werden kann. Der Boykott kann daher mit Aussicht auf Erfolg nur in den Fällen in Vorschlag gebracht werden, wo es sich um Fragen handelt, an denen weite Arbeiterkreise mit tiefgehendem Interesse betheiligt sind, insbesondere auch um Zurückweisung von Bestrebungen, welche eine politische Schädigung der Arbeiterklasse bezwecken.

Unter keinen Umständen aber darf der Boykott zu einem Mittel der politischen oder wirtschaftlichen Vergewaltigung werden zu dem Zwecke, die politische Gesinnung oder persönliche Ueberzeugung zu strafen, oder die äußere Bekundung einer politischen Meinung oder deren Betthätigung zu erzwingen.

Daß der Mohr'sche Margarine-Boykott diesen Voraussetzungen nicht entsprach, war uns klar. Außerdem hätte seine Durchführung speziell in Berlin einen ungeheuren Apparat erfordert, der schlechterdings in einer die Massen so wenig interessirenden Sache nicht zu beschaffen gewesen wäre. Deshalb gingen wir auf das Verlangen der Altonaer Boykottkommission nicht ein, einen Aufruf zu veröffentlichen, worin die Arbeiterchaft Berlins und Deutschlands zur Theilnahme an diesem Boykott ersucht werden sollte. Besonders unterrichtet haben wir die Kommission nicht, da sie aus einer anderen Notiz des "Vorwärts" schon darüber orientirt war, daß wir den Boykott nicht billigten. Die Differenzen mit Mohr wurden beendet, brachen aber wegen Zurückweisung von 18 Arbeiterinnen auf neue aus, bis sie durch folgende Erklärung der Boykottkommission endgültig beigelegt wurden: "Herr A. L. Mohr in Bahrenfeld ließ uns unterm 27. April durch seinen Sohn sagen, daß alle 18 streikenden Frauen wieder anfangen konnten zu arbeiten. Da wir Herrn Mohr jun. zur Abgabe einer derartigen Erklärung nicht für berechtigt hielten, haben wir die Arbeiter der Firma Mohr veranlaßt weiter zu streiken. Da wir inzwischen erfahren haben, daß Herr Mohr jun. die Erklärung im Namen seines Vaters abgegeben hat, so bedauern wir sehr, Herrn A. L. Mohr zu unrecht öffentlich des Wortbruchs beschuldigt zu haben."

Daß nach dem allen die Arbeiterpresse einfach die Pflicht hatte, für einen Boykott solcher Art keine Propaganda zu machen, versteht sich unseres Erachtens von selbst. Auf diesen Boykott, der doch genügend darthut, daß er nicht einwandfrei war, stüßte aber Genosse v. Elm seine Boykottorganisation! —

Sonach können wir das Urtheil über seine Ausföhren ruhig der Gesamtarbeiterchaft überlassen!

## Lokales.

Den Parteigenossen Berlins theilen wir mit, daß die Absicht besteht, am 17. September in Parteiversammlungen zum Parteitag in Gotha Stellung zu nehmen. Wir empfehlen deshalb, für diesen Tag keine Versammlungen irgend welcher Art einzuberufen. Falls die Vertrauenspersonen der einzelnen Kreise an stelle besonderer Versammlungsinserate ein gemeinsames aufgeben wollen, bitten wir, sie dies unserer Expedition mitzutheilen.

Den Mitgliedern des Wahlvereins für den dritten Reichstags-Wahlkreis zur Nachricht, daß am Sonntag, den 6. September, ein Familienausflug nach Pferdebusch bei Köpenick stattfindet. Abfahrt vom Schlesischen Bahnhof 9 Uhr 40 Minuten.

Der Vorstand.

Ein Jahr ist es heute her, daß das Jubeljahr auf seiner Höhe angelangt war. Ein Jahr ist es heute her, daß der deutsche Kaiser Wilhelm II. bei dem Paradediner im Weißen Saale des Schlosses die bekannte Rede mit folgender Wendung hielt: "Doch in die hohe Festfreude schlägt ein Ton hinein, der wahrlich nicht dahin gehört. Eine Note von Menschen, nicht werth, den Namen Deutscher zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähen, wagt es, die uns geheiligte Person des allberechtigten verewigten Kaisers in den Staub zu ziehen. Möge das gesammte Volk in sich die Kraft finden, diese unerhörten Angriffe zurückzuweisen. Geschicht es nicht, nun, dann rufe ich Sie, um der hochverrätherischen Schar zu wehren, um einen Kaiser zu führen, der uns befreit von solchen Elementen."

Schon am nächstfolgenden Tage begann seitens der Staatsanwaltschaft der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Der berühmte Septemberkurs begann. Hier wurde in der Fröhe des 4. September unser verantwortlicher Redakteur Psund von Schulleuten aus dem Bette geholt und in Unterfützungshaft gebracht. Das gleiche Schicksal traf unsere Kollegen Roland und Kantmann, obgleich ihnen allen nichts ferner lag, als feige zu fliehen. Zugleich wurden verschiedene Nummern unseres Blattes wegen angeblicher Majestätbeleidigung konfisziert, unter anderem eine, die drei Wochen lang gänzlich unbehelligt geblieben war. Am 29. Oktober standen die drei Redakteure vor demselben Richter Brausewetter, der wenige Wochen später in der Noth des Bahnskandals starb. Dieser Mann erkannte unter dem Kopfschütteln der gesammten unabhängigen Presse gegen Roland auf sechs Monate, gegen Psund auf neun Monate und gegen Kantmann auf zwölf Monate Gefängnis. Kantmann und Roland haben noch ihre Strafen ab; eine von unserer Seite im

Reichstage gegebene Anregung, die unter solchen Umständen gar säkten Urtheile zu fassen, hatte bekanntlich keinen Erfolg.

Man müsse an dem gesunden Empfinden des deutschen Volkes verweisen, wenn der Septemberkurs nicht in weitesten Kreisen die lebhaftesten Sympathien und Erfolge eingebracht hätte. Schon am 7. September konnten wir der Berliner Bevölkerung unseren Dank für die thätigste Unterfützung aussprechen, die sie uns angedeihen ließ, indem sich der Abonnentenstand unseres Blattes innerhalb weniger Tage von 45 000 auf 51 000 hob. Dann folgte bei den Stadtverordnetenwahlen am 8. November eine Vermehrung der Stimmzahl von 7077 auf 12 688. Inzwischen hatte am 5. November unser Genosse Bütgenau in Dortmund einen herrlichen Wahlsieg errufen. Mit über 8000 Stimmen Mehrheit überwand er unter dem frischen Eindruck der vorhergegangenen Ereignisse seinen national-liberalen Gegner Möller. Und weiter erging es von Erfolg zu Erfolg, in Sachsen, im Elbass, in Hessen, überall errang die Sozialdemokratie der Verfolgungen zum Trotz Triumphe, welche ihre Gegner ratlos machten. Das ist das Fazit, das wir aus dem Septemberkurs zu ziehen hatten. Und weiter geht es in rastlosem Kampfe unsern Ziele entgegen. Doch die Sozialdemokratie!

Die gefrige Herbstparade verlief wie in früheren Jahren. Straßenabsperrungen in anscheinlichem Umfang. Wie berichtet wird, machten die Rotten von Egerlin und halbwichigen Burtschen, welche die Musikkapellen der heimkehrenden Regimenter zu begleiten pflegen, diebstahl einen ganz besonderen Spectakel. An der Wilhelm- und Leipzigerstraßen-Ecke wurden die Burtschen von den Schulleuten auseinander getrieben. Konervative, national-liberale und freisinnige Blätter thun entzielt und die "Frische Zeitung" faßelt sogar von einem "Liedlingschauspiel für die Bewödlung Berlins." Die Bewödlung Berlins stand gestern in ihrer übergroßen Mehrheit an der Arbeitsstätte und würde sich, wenn sie befragt würde, höchst aber entschieden jeden Vergleich mit dem Volk verbieten, dem gestern angeblich ein Lieblingsschauspiel geboten wurde.

Abermals prügelnbe Sicherheitsbeamte! Fast kein Tag vergeht jetzt, an welchem nicht die unabhängige Presse genöthigt ist, Klagen über Ausschreitungen einzelner Beamten zu berichten. Die Gendarmengeschichte im Treptower Park, über die wir nach einem hiesigen Blatt schon am Sonntag kurz einiges brachten, hat nach einer Schilderung in der "Berl. Ztg." ein viel schlimmeres Aussehen, als anfangs anzunehmen war. Der an der Affaire Hauptbetheiligte, ein Herr L. aus der Leipzigerstraße, giebt dem Blatt unter Namens- und Wohnungsangabe von mehr als 20 Augenzeugen folgende Schilderung des kaum glaublichen Vorfalles: Am 27. v. M. hatte ich zu einer Privatfestlichkeit eine Anzahl Familien nach dem von meinem Bruder A. Lindstedt gemiethten Lokal "Spandauer Thurm" in Alt-Berlin geladen. Der Inhaber des Lokals hatte bereits gleich nach 11 Uhr mit seiner Frau dasselbe verlassen, die übrigen Damen und Herren unterhielten sich in ruhiger Weise, gesungen wurde nicht und einige waren bereits im Begriffe zu gehen, als plötzlich — es war kurz nach 12 Uhr — der Gendarm Lad aus Weisensee in das Lokal trat und in schroffstem Tone Feierabend bot. Als Gastgeber machte ich denselben darauf aufmerksam, daß dies eine geschlossene Gesellschaft sei, er möchte das Lokal verlassen, wir würden auch unausgefordert gehen. Als diese Unterredung mit dem Gendarm geführt wurde, suchten manche erst ihre Garderobe, die, da das Lokal klein ist, übereinander hing und daher schwer zu finden war. Dabei war es erklärlich, daß die Thür, welche innen mit Kleidungsstücken behängt war, zugemacht wurde und so der Gendarm von der Gesellschaft abgeschnitten wurde. Die Gäste waren eben dabei, die Garderobe von der Thür abzunehmen, als dieselbe mit einer so furchtbaren Wucht aufgestoßen wurde, daß eine Dame zur Erde fiel und Gläser und Leuchter von dem Tische flogen. Mich drückte der Gendarm Lad nun mit solcher Gewalt an die Wand, daß ein Gast zu ihm sagte: "Lassen Sie doch den Herrn los, Sie erwürgen ihn ja!" Zu gleicher Zeit war auch ein anderer Gast, Herr R., der Dame behilflich, welche durch das Aufschlagen der Thür hingeführt war. Der Gendarm ließ von mir ab und packte jetzt R., welcher in gebieter Stellung war, so gewaltsam am Genick, daß beide Knopflöcher des Kragens zerrißen und ihm die Kehle so zugeschnürt wurde, daß es ihm nur mit Aufwendung aller Kräfte möglich war, etwas Luft zu schaffen. In diesem Augenblick stürzte der zweite Gendarm Constabel aus Weisensee ins Lokal und sagte, ohne nach der Ursache zu fragen, einen Herrn S. aus der Charlottenstraße an der Brust und warf ihn die Treppe hinunter. S. sagte dem Gendarm, daß er seine Frau wenigstens zurfrieden lassen sollte, statt einer Antwort wurde nun aber auch Frau S. aus dem Lokal gebracht. Hierauf wurde ein Herr J. von den beiden Gendarmen vor das Haus geschleift, mit Häuten auf den Kopf geschlagen und dann abgeführt. Mehrere Herren gingen nun nach der Gendarmerei-Wache, um die Angelegenheit zu Protokoll zu geben. Dort wurde ihnen jedoch diese Bitte nicht gewährt, sondern nur die Namen notirt. Als wir, so schreibt S. in der Nachstube waren, wollten unsere Damen vor dem Hause auf uns warten und näherten sich dem Fenster. Als der Gendarmerei-Wachmeister dies bemerkte, ging er hinaus und befahl den Damen fortzugehen, widrigenfalls er sie verhaften lassen würde. Die Damen gingen zurück und wurden von zwei Gendarmen verfolgt. Frau S. fragte dabei den sie vorwärts treibenden Gendarm, wo sie denn ihren Mann wiederfinden würde, darauf wurde ihr die Antwort: "Sie sollte machen, daß sie raus komme, was sich nach 12 Uhr im Park herumtreibe, wäre doch nur Lumpengefindel." Frau S. sagte darauf weinend, sie wende sich doch an den Gendarm, um Schutz zu suchen, er möchte doch noch eine Frage erlauben. Darauf erwiderte der Gendarm, indem er Frau S. an der linken Schulter anfaßte, umdrehte und weiterzog: "Ach was, hier ist gar nichts zu erlauben, machen Sie, daß Sie raus kommen, alles, was sich hier im Parke nach 12 Uhr noch herumtreibt, sind in meinen Augen nur J..."

Nun kam aber, immer nach derselben Quelle, der Szene zweiter Akt. Ein Herr Fr. aus der Leipzigerstraße, sowie der Buffetier Herr A. hörten diese Aeußerung und waren darüber so empört, daß Herr A. den Gendarm darüber zur Rede stellte, indem er sagte, wie er ansässige Damen so insultiren und beschimpfen könnte.

Der Gendarm forderte hierauf Herrn A. auf, ihm zur Wache zu folgen, was dieser sofort that. Als sie einige Schritte gegangen waren, kam noch ein zweiter Gendarm dazu, sie schleppten nun Herrn A. ins Gebüsch und bearbeiteten ihn mit Häschen und Häuten derart, daß er laut um Hilfe rief und bat, sie sollten ihn doch loslassen, sie schlugen ihn ja sonst todt. Herr A. blutete aus Nase, Mund und Ohren und war derartig zugerichtet, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte, zur Wache wurde er jedoch nicht gebracht.

Die arreirten Herren R. und J. wurden auf der Wache aufgeführt, sich zu legitimiren. Währenddem fand der Fußgendarin B o s m a y e r aus Lichtenberg, der in der Drillhofsack im Nebenraum gefesselt hatte und an dem ganzen Vorfall nicht betheiligt war, auf und gab dem Herrn K. mit den Worten: "Das A... lächelt noch", einen Faustschlag hinter die Ohren. Vorher hatte B o s m a y e r schon die Aeußerung fallen lassen: "Ihr habt doch Revolver bei Euch; hättet Ihr doch ein paar Kerle niedergeschossen." R. und J. wurden paardarm in je eine Zelle gesperrt, wobei Herr R. von B o s m e y e r einen derartigen Stoß und Faustschlag ins Genick bekam, daß er gleich an die gegenüberliegende Wand fiß. Bei diesem Ein-

schließen ankerten sich die Gendarmen mit den Worten: "Nacht Ihr Gefindel, daß Ihr rein kommt, wo Ihr hingehört." Herr J. klopfte bald und bat, man möchte ihm doch in der kalten Zelle seinen Ueberzieher erlauben, worauf der Gendarm Wohmeyer antwortete: "Wenn Sie nochmal klopfen, schnüren wir Ihnen die Knochen zusammen." Noch 3/4 Stunden waren die Herren gefangen und wurden dann vom Oberwachmeister entlassen.

Um uns, so schließt der Bericht, nicht des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig zu machen, müßten wir sämtliche Schläge und sonstige Ausartungen ruhig hinnehmen.

Die "Berliner Zeitung" ist begierig, ob sich die Behörde diesmal zu einer Antwort auftraffen wird. Nun daran wird es nicht fehlen, es wird eine Anklage geben. Im Laufe der Verhandlung wird sich dann ja feststellen lassen, wie weit die ganz ungläublich klingenden Angaben auf Wahrheit beruhen. Bestätigen sich aber dieselben, dann mag die "Berliner Zeitung" die freisinnigen Landtags-Abgeordneten veranlassen, daß sie jeden einzelnen Mißhandlungsfall im Abgeordnetenhaus zur Sprache bringen, gerade so, wie es die Sozialdemokraten im Reichstage machen. Abschon werden sie den Minister veranlassen können, öffentlich Rede und Antwort zu stehen. Bislang hat die bekannte freisinnige Freiheit die Abgeordneten an dieser Pflichterfüllung verhindert. Vielleicht geben diese Vorkommnisse, in denen anscheinend Wohlhabende den Mißhandlungen ausgesetzt waren, jetzt den freisinnigen Landtags-Abgeordneten Gelegenheit, sich endlich auch einmal zu etwas Nützlichem aufzurufen.

Aus der Strafanstalt Moabit erzählt das letzte Berliner "Statistische Jahrbuch" mancherlei traurig Interessantes. Im Etatsjahr 1893/94 war der Gefangenenbestand am Jahresanfang 593, der Zugang 300, der Abgang 365, der Bestand am Jahresschluß 528, der tägliche Durchschnitt 576. Nur bei 299 neu zugegangenen Gefangenen werden über die persönlichen Verhältnisse Angaben gemacht; die wichtigsten davon sind die folgenden: Von den Eltern war bei 82 Gefangenen der Vater, bei 21 die Mutter, bei 8 beide vor dem 14. Lebensjahre des Kindes gestorben. Unehelich geboren waren 36 Gefangene (12 pCt.). Die Erziehung hatten 282 im Elternhause, 22 bei Fremden, 25 in öffentlichen Anstalten genossen. Die Schulbildung war Elementarbildung bei 294 (aber vollständig nur bei 5, mangelhaft bei 289), höhere als Elementarbildung bei 4; ohne Schulbildung war 1 Gefangener. Von den Berufen waren Arbeiter und Tagelöhner mit allein 103 vertreten. Das Alter war: 18-21 Jahre bei 68, 21-25 bei 100, 25-30 bei 54, 30-40 bei 73, 40-50 bei 2 Gefangenen. Verheiratet waren 94, verwitwet oder geschieden 5, unverheiratet 198; bei 2 fehlt hier die Angabe. Der Wohnort war Berlin bei 116 Gefangenen, Brandenburg (ohne Berlin) bei 107, ferner Schlesien bei 34, Provinz Sachsen bei 10, Pommern bei 10 u. s. w. Vom Lande waren 68. Die Verurteilung erfolgte allein in 175 Fällen wegen Diebstahl oder Unterschlagung. Vorbestraft waren 218 Gefangene. In der Trunkenheit hatten 4 ihr Verbrechen begangen, 9 waren Gewohnheitstrinker. In Gekesstrafenzeit verfielen in der Anstalt im Laufe des Jahres 11 Personen (2 pCt. der Durchschnittszahl), 1 nach einer Haftdauer von unter 3 Monaten, 2 von 3-6 Monaten, 4 von 6-12 Monaten, 1 von unter 2 Jahren, 3 von 2-5 Jahren. (Bei den meisten dürfte die Gefährlichkeit schon vor der Einlieferung bestanden haben.) In der Irrenabtheilung waren am Jahresschluß 39 (6 2/3 pCt. aller Gefangenen). Es starben 19 Gefangene, 1 an einer äußeren Krankheit, 1 an Brustfellentzündung, 1 an Lungenentzündung, 14 (!) an Tuberkulose, 2 durch Selbstmord.

Mit welcher Frivolität einige Blätter ohne jegliche Ursache Privatangelegenheiten, die niemanden etwas angehen, an die Öffentlichkeit zerren, dafür finden wir in der arbeitserfreundlichen "Germania" ein Beispiel. Das Blatt bringt folgende wichtige Neuigkeit:

"Gegen das Anarchisten-Gebot Reinhold hat der Anarchist Schneider Töbs eine Klage auf Zahlung von 81 M. — die Forderung datirt noch vom Jahre 1889 — angestrengt. Sollten sich die Reinhold'schen Eheleute als zahlungsunfähig erweisen, so will Töbs auf den von den "Genossen" für Frau Reinhold gestifteten sogenannten "Frau Reinhold-Fonds" Arrest legen lassen." Bekanntlich hat die "Germania" bei Gelegenheiten der Sammlungen für die Württerin sowohl Frau Reinhold selber wie auch die Sozialdemokratin in Pöbelmanner zu beschimpfen gesucht. Nichts als der Kerger darüber, daß die Arbeiter solchen Gezeiger zum Trost in der "Zuchthauslerin" das Helmenweib ehrent, wird das pfiffige Blatt veranlaßt haben, wennmehr in einer gleichgültigen Privatangelegenheit die Frau mit Schmutz zu bewerfen.

Der Umbau der Alsenbrücke wird zunächst noch auf sich beruhen müssen. Das Polizeipräsidium hat dem vom Magistrat aufgestellten Entwürfe für den Umbau der Brücke die landespolizeiliche Genehmigung versagt, weil die für die Brücke geplanten zwei Öffnungen von je 25 Meter Breite an Stelle der jetzigen drei Öffnungen von je 16,55 Meter eine erhebliche Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse für die dortige Schifffahrt herbeiführen würden.

Neue Straßen. Das Polizeipräsidium hat dem von den städtischen Behörden beschlossenen Projekte zur Aufnahme von drei neuen Straßen (42a, 43a und 44a) in dem Bauviertel vor dem Landberger Thore zugestimmt. Diese drei neuen Straßen laufen parallel mit der Landbergerstraße und den Straßen 42, 43 und 44. Gleichzeitig hat sich das Polizeipräsidium mit der Ausnahme einer neuen Straße (48a) in derselben Abtheilung des Bebauungsplanes — auf dem Weißbach'schen Grundstückskomplex — einverstanden erklärt.

Die im Monat Juli vorgenommenen Kontrollen von Nahrungsmitteln ergaben folgendes: Bei der Schmelzkontrolle von Butter wurden 16 Proben als verdächtig beanstandet und zur chemischen Untersuchung eingeliefert. Von diesen wurden eine Probe als Margarine erkannt, drei Proben waren Mischbutter mit sehr erheblichem Zusatz von Margarine, vier weitere Proben mußten als deingend verdächtig bezeichnet werden, Margarine zu enthalten; der Nachweis der Fälschung war jedoch nicht mit Sicherheit zu erbringen. Von gebranntem Kaffee wurden 20 Proben untersucht. In einem Falle bestand sogenannte "Kaffee-Essenz" vorwiegend aus gebranntem Zucker und Bichorienextrakt, mit nur geringen Spuren von Kaffee. — Sogenannter "Maltkaffee" war lediglich gebrannter Hopsen. — Zwei Proben "Kaffeeschrot" erwiesen sich als ein Gemisch von gebranntem Malz und Bichorienwurzeln. Die Bezeichnung als Kaffee ist für derartige Waare ungeeignet und bezweckt eine Täuschung. Von sechs Proben Pfefferkörnern waren drei — und von acht Proben "Selterswasser" ebenfalls drei durch Kupfer ziemlich erheblich verunreinigt. Die letzteren waren von herumziehenden Händlern aus kupfernen, nicht genügend verzinneten Ballons entnommen. Dagegen waren zehn untersuchte Proben von Scheibäpfeln sämtlich frei von Zinksalzen und anderen metallischen Verunreinigungen. Von zehn untersuchten Thee-proben erwies sich ein "Imperial-Thee" bei unvorhältnismäßig hohem Alkengehalt als durch mineralische Stoffe beschwert. Von 21 Weinproben waren drei "Medizinal-Ungarweine" künstlich geznauert. Die Befunde bei Milch ließen diese wiederholt als zu fetter und die Bezeichnung (als Voll-, Halb- oder Magermilch) der Waare nicht entsprechend erscheinen. Im ganzen wurden im Monat Juli in 1078 Geschäften Milchproben vorgenommen und im ganzen 44 482 Liter Milch untersucht, wovon auf Grund der Untersuchung in 40 Geschäften 410 Liter vernichtet werden mußten.

Gegen den elektrischen Bahnbetrieb wollen hiesige Fuhrwerksunternehmer in einer Versammlung Stellung nehmen. Veranlassung dazu hat in erster Linie der Umstand gegeben, daß

in mehreren Fällen Rutscher, deren Fuhrwerke geringsüchtige Zusammenstöße mit elektrischen Wagen gehabt hatten, zu einigen Tagen Gefängniß verurtheilt wurden, weil das Gericht auf die elektrischen Wagen das Gesetz über den Kleinbahnenbetrieb anwendete. Die Fuhrwerksbesitzer sind hingegen der Meinung, daß dieses Gesetz in Berlin unter keinen Umständen zur Anwendung gelangen dürfe, weil dadurch besonders in verkehrsreichen Straßen förmliche Fuhrwerke den elektrisch betriebenen Wagen gegenüber in die bedenklichste Lage kommen würden. Außerdem hätten die Direktionen der elektrischen Straßenbahnen, wenn für diese das Gesetz über den Kleinbahnenbetrieb wirklich Geltung haben sollte, auch die Pflicht, an den Kreuzungspunkten zum Schutze des Publikums und der übrigen Wagen Beamte und Signalvorrichtungen aufzustellen.

Das Pauoramagebäude im Vande-Ausstellungspark wird, wie ein hiesiges Blatt meldet, im nächsten Monat vollständig abgebrochen werden. Mit dem zum Abbruch gestellten Gebäude sollen auch die Bilder Pergamon, Brand von Rom und Konstantinopel verkauft werden.

Das Treiben eines hiesigen Inzasso-Bureaus hat wieder einmal eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen Bedrohung gezeitigt. Das Bureau war von einem österreichischen Fabrikanten beauftragt, von dem Berliner Kaufmann K. einen kleinen streitigen Posten einzuziehen. Klage-Antrag war vorher nicht erfolgt. Das Bureau bedrohte nun den Kaufmann K., daß es ihn in seine schwarze Liste aufnehmen werde, falls er nicht umgehend zahle. Da K. in seiner Antwort darauf hinwies, daß die Sache nicht genügend geklärt sei, erfolgte verschärfte Drohung, worauf K. Anzeige erstattete.

Auffehen erregt in kaufmännischen Kreisen der Selbstmord des Kaufmanns Rudolf Böhm, der Jerusalemstraße 66 seit einer Reihe von Jahren eine anscheinend gut prosperierende Glas- und Spiegel-Manufaktur betrieb. Böhm hat sich in seiner Hornstraße 17 belegenden Wohnung vergiftet.

In seinem Kleiderpinde hat sich der 72 jährige Buchbindermeister Karl Jänick in seiner Wohnung in der Frankfurter Allee 20 erhängt.

Auf dem Neubau am pathologischen Institut der Charitee ist Montag Nachmittag der 59 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Grebert aus der Wallfadenstraße 54 verunglückt. Ein schwerer Balken fiel ihm auf ein Bein und verletzte es stark. Der Verunglückte wurde gleich nach dem Unfalle in der Charitee untergebracht.

Chamisso's Grabhügel auf dem alten Jerusalemer Kirchhofe in der Bellealliancestraße befindet sich, wie in Zeitungsberichten besagt wird, in einem geradezu trostlosen Zustande. Wer hat auch im Zeitalter des Militarismus und des Politisenthums Ursache, sich um den Grabhügel eines Schmierfinks zu kümmern? Der Keil hat es in der Armees ja nicht einmal bis zum Hauptmann gebracht.

Gehucht wurde gestern der Führer eines Kohlenwagens, der 53jährige Rutscher Hermann Wendlandt. Er hatte in der Bollnerstraße anscheinend ohne Veranlassung einen Arbeiter mit dem Peitschenstiel ins Gesicht und fuhr dann, um sich der durch sein Verhalten ausgebrachten Volksmenge zu entziehen, schleunigt davon. Er wurde jedoch eingeholt und vom Wagen heruntergerissen. Hierbei gerieth er unter die Räder seines Fuhrwerks und erlitt so bedeutende Verletzungen am Arm und am Rücken, daß er in einem Krankenwagen in die Charitee übergeführt werden mußte.

Polizeibericht vom 1. September. Gestern früh erschos sich der dem Trunke ergebene 60 jährige Kellner Albert H. in seiner in der Blumenstraße gelegenen Wohnung. — Vormittags wurde die 39 Jahre alte Wäscherin Sophie B. in ihrer Wohnung in der Paulstraße und nachmittags der zweiundfünfzigjährige Buchbinder Albert J. in seiner Wohnung in der Frankfurter Allee erhängt aufgefunden. — In der Sickingenstraße lief vormittags die einunddreißig Jahre alte Tochter des dort wohnhaften Löffers Wunderlich gegen einen mit Sand beladenen Arbeitswagen, gerieth unter die Räder und erlitt außer einem Bruch des linken Oberschenkels schwere innere Verletzungen. Das Kind wurde von seiner Mutter nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. — Der Führer eines Kohlenwagens, der 53jährige Rutscher Hermann Wendlandt schlug in der Bollnerstraße, anscheinend ohne Veranlassung, einem Arbeiter mit dem Peitschenstiel ins Gesicht und fuhr dann, um sich der durch sein Verhalten ausgebrachten Volksmenge zu entziehen, schleunigt davon. Er wurde jedoch eingeholt und vom Wagen heruntergerissen. Hierbei gerieth er unter die Räder seines Fuhrwerks und erlitt so bedeutende Verletzungen am Arm und am Rücken, daß er in einem Krankenwagen in die Charitee übergeführt werden mußte. — In der Schantwirtschaf von Redling in der Erdgeschos des Hauses Nr. 30 stürzte die 48 Jahre alte verheiratete Schlosser Anna Weiskopf, geb. Weder, durch eine offenstehende Fallthür in den Keller und trug außer einer Wunde an der Stirn anscheinend schwere innere Verletzungen davon. Sie wurde in einem Tragelorde nach dem nahen Krankenhaus am Urban gebracht. — Gestern Nachmittag lief das Pferd eines im starken Trabe vom Spittelmarkt in die Leipzigerstraße einbiegenden Geschäftswagens gegen das Gefährt eines Omnibus der Linie "Reichenbergerstraße-Neues Thor". Hierbei drang die Deichsel des Geschäftswagens dem Hauptperde des Omnibus in die Brust, so daß es mit einem Reibschiffchen Wagen in das Depot der Omnibus-Gesellschaft gebracht werden mußte. Das Pferd des Geschäftswagens erlitt ebenfalls eine Verletzung an der Brust. — Gestern Abend fiel der angetrunkenen Stauemann Franz W. bei dem Versuche, mit einer Gondel an der Klauisbrücke anzulegen, in die See, vermochte jedoch ohne fremde Hilfe das Ufer zu erreichen. — Abends gerieth auf dem Straauer Plage die 17 jährige Tochter des Zimmermanns Friedrich Bergemann unter die Räder eines Postwagens und erlitt eine Quetschung des rechten Oberschenkels. — Heute Nacht entstand vor dem Hause Friedrichstraße 133a eine Schlägerei, bei welcher der 23 jährige Musiker Max Ebel den 20 Jahre alten Hausdiener Emil Sträwert durch einen Reibschiffchen am Halse lebensgefährlich verletzte. Ebel, der von dem Publikum deshalb gemishandelt und leicht verletzt worden war, wurde nach Anlegung eines Verbandes verhaftet, während sein schwer verletzter Gegner in die Universitäts-Klinik aufgenommen wurde. — Auf der Obersee bei der Station Sedan fand gestern ein Zusammenstoß zwischen den Dampfern "Hertha" und "Herald" statt. An Bord des "Herald" waren keine, an Bord der "Hertha" etwa acht Passagiere. Beide Dampfer wurden leicht beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

#### Aus den Nachbarorten.

In Nixdorf findet am Donnerstag in Nummer 5 Lokal, Berlinerstr. 55, eine Volksversammlung statt, in welcher die Broschüre "Sedantag und Sozialdemokratie" verlesen wird. Frauen und Mädchen sind besonders eingeladen.

Von der letzten Gendarmerie-Affäre in Nixdorf. Dem "Nixdorfer Tageblatt" theilt der verletzte Schlosser Kettner mit, daß er weder einen Auslauf provoziert, noch ein solcher stattgefunden habe. Er sei lediglich in der Absicht nach dem Amtshause gegangen, um dort zu melden, daß er auf den Röllischen Biesen von 5-6 Mann angegriffen und überfallen worden sei. Er bemerkt, daß aus dem Fenster des Zimmers Nr. 25 ein junger Beamter sah, und da ihm auf sein Klopfen an der Hausthür nicht geöffnet wurde, schlug er mit seinem Schirm mehrere Male auf das Fenstergelände desjenigen Fensters, aus dem der Beamte vorher herausgesehen. Er habe also nicht gegen die Scheiben geschlagen, dies sei überhaupt unmöglich, da die Fenster zu hoch seien. Nun wurde die Hausthür durch den

Gendarm Schneider geöffnet, welcher nach seinem Begehre fragte; aber ehe Kettner sein Anliegen vorbringen konnte, hätte der hinter Schneider stehende Vornemann unbarmherzig auf ihn losgeschlagen und ihn außer den schon mitgetheilten Verletzungen noch mehrere Schläge über Auge, Rücken und Arme beibrachte, bis ein dritter erst hinzugelommener Gendarm ihn aus den Händen Vornemann's befreite. Kettner wurde dann zwar für verhaftet erklärt, aber auf Anordnung des Amtsvorsteher's Bobbin sofort durch einen Amtsdieners und einen Heilgehilfen nach seiner Wohnung transportirt, nachdem er durch den telephonisch herbeigerufenen Dr. Nagel die erste Hilfe erhalten hatte. — Soweit die Darstellung Kettner's. Die schon im besten Gange befindliche Untersuchung dürfte wohl bald völlige Klarheit in die Affäre bringen.

#### Gewerbe-Ausstellung 1896.

Die bürgerliche Presse macht ihrem Groß darüber Lust, daß der Amtsvorsteher von Treptow am letzten Sonntag plötzlich verordnet hat, sämtliche Kioske, an denen Pläne der Ausstellung, Führer, Kataloge, Postkarten und Zeitungen verkauft werden, während der Kirchenstunden von 10 bis 12 Uhr zu schließen. Ebenso wird bedauert, daß der Einzelverkauf von Lotterielosen für diese Zeit untersagt worden ist. — Was würden die entrüsteten Leute erst sagen, wenn sie die vielen gegen die Sozialdemokraten gerichteten Maßregeln zu kosten bekämen, die alle im Namen des Gesetzes verordnet sind, und die bisher natürlich stets den Beifall der gutgesinnten Presse gefunden haben?

In eine unangenehme Lage kamen Montag die Pächter des Vorparkes infolge eines im Kesselhause stattgefundenen Rohrbruchs einer Dampfmaschine. Durch den entstandenen Defekt blieben das Kaiserfisch, die Restaurants der Alpenwiese und das Alpenpanorama ohne Beleuchtung und mußten zum Theil ebenso wie die Hauptallee bei eintretender Dunkelheit geschlossen werden. Die Zillertalbahn war infolge des Vorkommnisses den ganzen Tag außer Betrieb. Die Reparaturarbeiten wurden erst in der Nacht beendet.

#### Kunst und Wissenschaft.

Vom Planeten Mars. Einer Kabelaufmeldung zufolge ist, wie der "Vossischen Zeitung" gemeldet wird, auf der Ziel-Sternwarte in Kalkifornien am Morgen des 28. August von den Astronomen Hufsey und Holden eine neue überraschende Erscheinung auf dem Planeten Mars beobachtet worden. Die Erscheinung stellte sich als eine hell glänzende Hervorragung über die Lichtgrenze des Planeten hinaus dar, die sich am einfachsten als ein hoher von der Sonne erleuchteter Berggipfel, dessen in tieferem Niveau liegende nächste Umgebung zum Theil bereits das Dunkel der Nacht bedeckt, erklären lassen wird. Diese Entdeckung wird nun auch an den europäischen, mit mächtigen Teleskopen ausgestatteten Sternwarten weiter verfolgt werden, und sie wird neues Licht über die Gestaltung der Oberfläche des uns jetzt am nächsten stehenden Planeten verbreiten. Wie wir gelegentlich der kürzlichen Mittheilung von der in Arizona entdeckten Verdoppelung des Marskanals Ganges bemerken, kommt und der Mars jetzt bis in den Winter hinein immer näher, und wird er sich immer deutlicher und günstiger beobachten lassen; die dabei ausgesprochenen Erwartungen, daß wir jetzt am Vorabend neuer Entdeckungen an jenem berühmten Planeten stehen, hat nun durch die jüngste Auktelaufmeldung schon eine Bestätigung erfahren.

#### Literarisches.

Die neueste Nummer des "Wahren Jacob" wird in den Kreisen der Parteigenossen sicher viel Beifall finden. Die farbigen Illustrationen sind ausgezeichnet gelungen. Das Hauptinteresse wird sich aber auf den durch zahlreiche Skizzen und Porträts treffend illustrierten Artikel über den internationalen Kongreß in London konzentriren. Außerdem enthält die veranschaulichte Ausgabe eine ausführliche Geschichte des Sedantages und ein großes doppelseitiges Kunstblatt "Der Zug der Erobrer".

#### Versammlungen.

Röpenitz. Nachdem den Genossen in Albershof das Abhalten einer Vastalleier am Ort unmöglich gemacht war, ist ihnen, durch die sonderbare Handhabung des Vereinsgesetzes seitens der Röpenitzer Behörde, die am Montag arrangirte Versammlung gleichfalls vereitelt worden. Wie bekannt, ist es in letzter Zeit in Röpenitz wiederholt vorgekommen, daß die Frauen bei öffentlichen Versammlungen von der Theilnahme ausgeschlossen wurden. Das gleiche Verlangen stellte der überwachende Beamte in der Versammlung am Montag und wurde, da die Versammlung seinen Anordnungen nicht folgte, die Auflösung verfügt. Da wegen derselben Gesetzesverletzung die Genossen in Röpenitz den Beschwerdebeweg beschränken haben, so will man zunächst die endgültige Entscheidung in der Angelegenheit abwarten. Erwähnens wollen wir dabei, daß die Behörde der Meinung ist, geschieht die Anmeldung einer Versammlung von einer Person, die Mitglied eines Vereins ist, so habe man es mit erweiterten Vereinsversammlungen zu thun, auf die jene oben geforderten Einschränkungen Anwendung finden. Eine Rechtsauslegung, die uns ganz unhaltbar erscheint, da man so den Unterschied, den das Gesetz zwischen öffentlichen und Vereinsversammlungen macht, vollständig aufhebt und die Einberufung einer öffentlichen Versammlung und unmöglich erscheint, denn wer von unseren Parteigenossen ist nicht Mitglied irgend eines Vereins? Die Genossen haben nunmehr am Donnerstag aufs neue in dem Lokal Hotel Kaiserhof eine Versammlung einberufen, zu der die Parteigenossen um recht rege Theilnahme ersucht werden.

#### Vermischtes.

Ein Gewesener "Von Gottes Gnaden" erfährt im "Leipziger Tageblatt" folgende ergötzliche Beleuchtung: Von Heinrich LXXII. Kürzlich ist an dieser Stelle Heinrich's des LXXII., souveränen Fürsten von Reuß-Lobenstein-Ebersdorf, unter dessen Regierung die "Schlacht bei Parra" geschlagen worden, Erwähnung gethan. Wenn die Revolution vom Jahre 1848 etwas Gutes gethan, so ist es das gewesen, daß dieser kleine Despot, der seine 24 000 Unterthanen Jahre lang drangsaliert und konjunkt hat, hinweggeführt worden ist. In der rückwärtslosten Weise ging er mit seinen Untergebenen um, Beleidigungen und Mißhandlungen einzelner Personen waren nichts Ungewöhnliches. Zu einigen Soldaten, die sich bei einer Jagd als Treiber ungehört benommen hatten, sagte er: "Ihr Kerls glaubt wohl, ich brauche erst jemand, um Euch lothzuschießen zu lassen? Hier ist mein Schrotpulver und mit dem will ich Euch so viel Blei in den Leib jagen, daß Ihr genug haben sollt!" Einen Baron v. S., der im Jahre 1847 mehrere Nächte am Bette seiner Frau während der schweren Entbindung derselben zugebracht hatte, setzte der Fürst, als v. S. zum ersten Male wieder bei Ceresinikus erschien, zur Rede darüber, daß er die Niederkunft seiner Frau nicht gleich gemeldet habe. v. S. entschuldigte sich damit, daß er 36 Stunden am Bette seiner schwer leidenden Frau zugebracht habe. "So! entgegnete darauf der Fürst, Sie sind wohl eine Debauche geworden?" Außer seinen Passionen für Jagd, Pferde, Reisen und das schöne Geschlecht hatte dieser über 7 1/2 Quadratkilometer regierende Fürst dann und wann auch noch Zeit, seine Herrschaftspflichten auszuführen. Dann bekümmerte er sich um die kleinsten Kleinigkeiten in seinem Lande, erließ Verordnungen, an denen nichts geändert werden durfte und deshalb oft die Lachmuskeln seiner getreuen

Unterthanen in Bewegung setzten. So erschien im Jahre 1844 ein Erlaß, der folgendermaßen begann: „Seit 20 Jahren wieder zum ersten Male an meine Regentenpflichten erinnert, erfahre ich, daß Lobenstein des Nachts unbewacht schläft, während Kirchberg nicht äbel diszipliniert ist.“ Eine andere Proklamations Heinrich LXXII. beschäftigte sich mit dem Besuch der fürstlichen Gärten seitens Fremder. Der Schluß dieser im Jahre 1844 in der „Geraischen Zeitung“ erschienenen Bekanntmachung lautete: „Mit der Dunkelheit hört der Besuch auf. Warum? Weil dann die Begriffe „Anständig“ und „Unanständig“ sich verwirren.“ Bekanntlich war auch Vola Montes, die später in München auf Revolution gab, eine Zeit lang als „Gast“ des Fürsten auf Schloss Ebersdorf. Auf die Dauer behagte dem Fürsten das exzentrische Wesen der Vola, die das oberste zu unterst lehrte, nicht, und er befahl seinem Adjutanten, der Vola mitzutheilen, daß sie binnen 24 Stunden die Staaten seiner Durchlaucht zu verlassen habe. Nach einigem Sträuben verließ die Sennora mit einem Reisegeld von 2000 Thlrn. Ebersdorf. Dem Fürsten ließ sie zum Abschied sagen, daß sie zum Verlassen seiner Staaten nicht 24 Stunden bedürfe, sondern nur eine Viertelstunde Zeit. Noch vieles ließe sich von dem Beherrscher dieses Kleinstaates erzählen; eine Schilderung seines Charakters hat ein Eingeweihter im Jahrgang 1866 der „Gartenlaube“ gegeben. Wie schon gesagt, mußte dieser kleine Tyrann im Juli 1848 abdanken, nicht ohne daß er vorher noch ein „lehtes Wort an sein Volk“ gerichtet hatte. Diesem „lehten Wort“ folgte kurz darauf die Abkündigungsanzeige, beginnend: „Meinen zahlreichen auswärtigen Freunden und Bekannten die Anzeige, daß ich die Regierung niedergelegt habe.“ Am 17. Februar 1868 starb dieser ehemals souveräne Fürst in Dresden.

**Ein kompromittierter Tenor.** Einige große Zeitungen haben erzählt, daß Francesco Tamagno als Sänger mit 200 Franken Honorar für drei Monate anfang und nun für fünfzig Konzerte 750 000 Franken bekommen hätte. Tamagno beschwerte sich nun bitter darüber, daß seit diesen Notigen jeder Tag ihm mindestens 80 Briefe um Unterstützungen bringe, und daß seine Villa in Salsomaggiore von armen Sängern und Schauspielern belagert werde, die den berühmten „Kollegen“ anbetteln. Tamagno schloß patetisch: „Was habe ich den Zeitungen gethan, daß sie mich so um meine wirklich hartverdiente Ruhe nach der anstrengenden amerikanischen Tournee gebracht haben und mir die Bettler der ganzen Lombardei auf den Hals heften?“

Die Verhältniszahl der Analphabeten in den Ländern

Europa's stellt Bartholdi in einer neuen Statistik auf. Das schlechteste Bildungsgewinnst bekommt danach Portugal, in welchem Lande es unter 100 Bewohnern mehr als 87 giebt, welche weder lesen noch schreiben können. Italien hat trotz seiner vielen Universitäten auch noch nicht einmal der Hälfte seiner Landesfinder diese schwierigen Künste beibringen können. Wesentlich besser stehen schon Polen, Ungarn und Rußland, wo die Zahl der Analphabeten zwischen 35 und 40 pCt. schwankt. In Oesterreich erreicht diese noch immerhin 32,7 pCt. Dann folgt Griechenland mit 25 pCt. Zwischen 10 und 20 pCt. des Lesens und Schreibens Unkundige zählen die europäische Türkei, Belgien und Rumänien. Alle übrigen Staaten Europas haben unter 10 pCt. Analphabeten; über 5 pCt. haben Böhmen, Mähren, Spanien, Irland, unter 4 pCt. Frankreich, England, Holland, unter 3 pCt. Schottland, Deutschland, unter 2 pCt. Norwegen und weniger als 1 pCt. Schweden, die Schweiz und Dänemark.

**Wachstum von London.** Nach der Zählung vom 20. März d. J. hat sich ergeben, daß sich die Einwohnerzahl von London seit der Zählung von 1891 genau um 221 000 Personen vermehrt hat. 1891 wurden 4 232 118, jetzt 4 453 118 Einwohner gezählt.

**Druckfehlerberichtigung.** In der holländischen Korrespondenz (Nr. 202 des Vorwärts) liest man: „Die unabhängige Organisation der Arbeiter ist eine Institution geworden, die man nur noch von katholischer Seite anzupreisen mag.“ Soll heißen statt „anzupreisen“: anzugreifen.

**Briefkasten der Redaktion.**  
Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schiffr. (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.  
**Kostenerfrage.** Die Höhe der Gerichtskosten hängt von der Höhe der Strafe ab. Für Wohnung und Verpflegung im Gefängnis ist nach richtiger Rechtsanschauung nicht 8 zu zahlen; der preussische Fiskus ist anderer Ansicht und begehrt 80 Pf. pro Tag. Nach Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches ist seine Forderung zweifellos hinfällig, falls nicht inzwischen eine Novelle die desfallsigen Gesetzbuch-Bestimmungen ändert. — 201. Nach richtiger Ansicht sind derartige Feinmarbeiter als gewerbliche Arbeiter zu erachten, denen vierzehntägige Kündigungsfrist zusteht. — A. M. 41. 1. und 2.: Ja. — Ringe. Die Beschwerde wäre unter Darlegung des Sachverhalts bei der Ober- Staatsanwaltschaft (Eindensstraße 15) einzulegen. — Wissen ist

**Macht:** Schlagen Sie in Sieblnecht's Fremdwörterbuch nach. — 100. Auf Zahlung der Alimente könnte erst nach der Geburt eines Kindes geklagt werden. Eine vorherige Klage ist erst nach Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches (1. Januar 1900) möglich. Wegen die Verjährung mit der anderen kann aus den früheren Beziehungen kein Recht zum Einpruch entnommen werden. — W. G., Lüdenscheid. Konzeptionspflicht besteht nach Ansicht der meisten Gerichte schon jetzt. Darin ändert sich vom 1. Januar 1897 ab nichts. Sie können es trotzdem deshalb auf einen Prozeß ankommen lassen, der allerdings wenig Aussicht auf Erfolg hat. — A. R., Dreßenerstraße. 1. Ja. 2. Nein. — A. D. B. 1. Ja; Sie können nur zum Ablauf des aus das Sterbequartal folgenden Halbjahres kündigen oder der Erbschaft entzagen. 2. Entzagen Sie der Erbschaft, dann nein, sonst ja. — Schwarzwald. Da Sie nicht abbestellt hatten, sind Sie zur Zahlung verpflichtet. — 5189. Ja. — A. G. 68. 1. Vom vollendeten 42. Lebensjahre ab. 2. Ja. 3. Nein. 4. Etwa 200 Doll. 5. Ja. — Norden 24. 1. Das hängt vom Inhalt der Statuten ab. 2. Nein. — D. G. 5. Ja. — G. S. Leider ist die Forderung des Wirtes berechtigt. — W. Guhl. Die Liquidation ist in Ordnung. — W. G. Beide Fragen sind zu verneinen. —

Witterungsübersicht vom 1. September 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Skala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (90 F.)
Swinemünde	761	D	3	wolfig	19
Hamburg	760	D	1	bedeckt	17
Berlin	760	StiW	—	bedeckt	18
Biesbaden	762	StiW	—	bedeckt	15
München	764	SW	3	halb bedeckt	14
Wien	762	StiW	—	Nebel	15
Saparanda	776	StiW	—	bedeckt	10
Petersburg	776	NO	1	wolkenlos	12
Cox	765	NW	3	wolkig	13
Aberdeen	762	NW	3	bedeckt	13
Paris	762	SW	3	heiter	12

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 2. September 1896.**  
Ein wenig kühler, zeitweise aufklärend, vorwiegend trübe und regnerisch bei mäßigen südwestlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

**Theater.**  
Mittwoch, den 2. September:  
**Opernhaus.** Geschlossen.  
**Neues Opern-Theater.** (Kroß.)  
Lohengrin.  
**Schauspielhaus.** 1812.  
**Deutsches Theater.** Der Talisman.  
**Leistung-Theater.** Das Glück im Winkel.  
**Berliner Theater.** König Heinrich.  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.**  
Kaiser Friedrich Barbarossa.  
**Residenz-Theater.** Der Stellvertreter.  
Vorher: Erlauben Sie Madame!  
**Neues Theater.** System Ribadier.  
Vorher: Besuch nach der Hochzeit.  
**Theater hinter den Linden.** Die Nachtaube.  
**Schiller-Theater.** Wohlthäter der Menschheit.  
**Selle-Alliance-Theater.** 25 Jahre Deutsch. Daraus: Berliner Hausvögel.  
**Zentral-Theater.** Eine tolle Nacht.  
**Alexanderplatz-Theater.** Die offizielle Frau.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Konzertpark.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Central-Theater.**  
Alte Jakobstr. 30.  
Direktion: Richard Schultz.  
Mittwoch, den 2. September 1896:  
**Eine tolle Nacht.**  
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von W. Mannstädt und J. Freund.  
Musik von Julius Cindrichs.  
Anfang 8 Uhr.

**Schiller-Theater.**  
(Wallner-Theater.)  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Wohlthäter der Menschheit.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Wohlthäter der Menschheit.

**Friedrich Wilhelmstadt. Theater**  
Chausseestr. 25/26.  
Direktion: Max Samst.  
**Kaiser Friedrich Barbarossa.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Kaiser Friedrich Barbarossa.

**Feldschlößchen**  
142 Müllerstraße 142.  
Telephon: Amt Moabit 1213.  
Sonntag, den 6. September cr.:  
**Grosses Konzert**  
und  
**Brillant-Pracht-Feuerwerk.**  
Anfang 4 Uhr. — Entree 20 Pf.  
Säle zu Festlichkeiten u. s. w.  
Theodor Boltz, Organon.

**Alexanderplatz-Theater.**  
Alexanderstr. 40.  
Direktion: Max Samst.  
**Die offizielle Frau.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Puhlmann's Vaudeville-Theater.**  
Schönhauser Allee 148.  
Heute, Mittwoch:  
**Grosse Sedan-Feier.**  
Gr. Festprogramm.

**Viktoria-Brauerei**  
Garten resp. Saal.  
Lützowstrasse III/112  
(nahe Potsdamer Platz).  
Heute,  
sowie täglich (außer Sonnabends):

**Stettiner Sänger**  
(Moyzel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)  
Anfang präzis 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).  
Zum Schluß:  
**Unsere Feuerwehr.**  
Ensemble von Moyzel.

**Unsere Feuerwehr.**  
Ensemble von Moyzel.

**Passage-Panopticum.**  
**42 wilde Weiber**  
aus Dahomey.

2 Vorstellungen täglich  
Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.  
**Bolossy Kiralfy's „Orient“**  
**Olympia**  
Riesentheater.  
Grösstes Schaustück der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!  
Den geehrten Vorständen der Vereine zur gef. Kenntniss, daß der Saal in  
**Kaufmann's Variété, Königskolonnen 3,**  
zu Matineen und sonstigen Vergnügungen, unter Mitwirkung der Mitglieder meiner Spezialitäten-Gähne, zur Verfügung steht. Gute Küche u. bestens gepflegte Biere.

Spezial-Ausstellung  
**KAIRO**  
ab 7 Uhr nachm. ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet zugänglich.  
Kasseneröffnung 10 Uhr vorm.  
Um 5 u. 8 Uhr nachmittags in der Arena:  
Hochinteressante  
Massenschaustellungen  
von 400 Beduinen, Arabern, Fellachen etc. mit Pferden, Dromedaren, Eseln etc.  
Die berühmten  
Reiter-Fantasia's d. Beduinen.  
Konzert von 5 Kapellen.  
Entree 50 Pf.  
Kinder unter 12 Jahren die Hälfte.  
Elitetag, Montag: Entree 1 M.  
Illuminationsabend, f. Freitag.  
Entree ab 5 Uhr nachm. 1 Mark.

**Alt-Berlin.**  
5 u. 8 Uhr:  
**Grosse Blumen-Illumination**  
Eintritt:  
25 Pf., von 5 Uhr ab: 50 Pf.

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater 8 Uhr.

**Sternwarte**  
Invalidenstr. 57-62  
Lebt. Stadtbahnhof  
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge mit Experimenten und großen Lichtbildern ausgestattet.  
Näheres die Tagesanschläge.

**Bolossy Kiralfy's „Orient“**  
**Olympia**  
Riesentheater.  
Grösstes Schaustück der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!  
Den geehrten Vorständen der Vereine zur gef. Kenntniss, daß der Saal in  
**Kaufmann's Variété, Königskolonnen 3,**  
zu Matineen und sonstigen Vergnügungen, unter Mitwirkung der Mitglieder meiner Spezialitäten-Gähne, zur Verfügung steht. Gute Küche u. bestens gepflegte Biere.

**Apollo-Theater.**  
Friedrichstr. 218. — Dir.: P. Glück.  
Vollständig  
**neues Programm.**  
The Burnells. Otto Renter.  
Lars Larsen. Sisters Lee.  
Mr. Hurgini. Troi Millons.  
Gemma Oliviera. Geschw. Lind.

**Paola del Monte.**  
Etelka Górgény, Johnson, Rianon u. Buntley.  
Ein Spaß im Caféhaus.  
Uedrafsische Pantomime, ausgeführt von den Zino-Brothers.  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

**Reichshallen.**  
Leipziger-Straße, am Dönhofsplatz.  
Täglich  
**Norddeutsche Sänger**  
Heute, Mittwoch:  
3 u. 12. Male:  
Die W-Parodie  
**Alle fünf Barrisons**  
Eingezogen  
Reservistenfreuden.  
Hochdrastisches Ensemble. — Außerdem: Hoffmann als: „Dichter Nobel“ und Horst als: „Ballettense.“  
Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf.  
Am 30. September:  
Letzte Vorstellung in den Reichshallen.

**Kaufmann's Variété**  
Königs-Kolonnen (Stadtbahnhof Alexander-Platz).  
Heute:  
Auszutreten von:  
**Yean u. Osrani**  
mit ihrer urkom.  
Pantomime: „Retour du bal“.  
**Grandjean & May.**  
Ein Spaziergang auf dem Drahtseil.  
The Original Hill & Hill,  
Grottesque-Excentriques.  
Mr. P. Carro, Venitiloquist.  
Syran u. Syré, Zauber-Parodisten.  
Geschw. Biancho, Humorist. Gesangs-Duettilen.  
Das Rango-Sigari.  
Heinrich Kalberg u. f. w.  
Anfang präzis 7 1/2 Uhr.  
Die Direktion.

**Castan's Panopticum.**  
Neu! Neu! Neu!  
hochsensationelle  
**Neuheiten**  
die ein Jeder  
**sehen muss!**

**Feen-Palast**  
Burgstrasse 22.  
Direktion: Winkler u. Fröbel.  
Sonntag, den 5. September cr.:  
**Wieder-Eröffnung**  
der mit neuen Lichteffekten und großartigen neuen Heizanlagen versehenen Riesenräume.  
**Gala-Festvorstellung.**  
Sensationelles  
**Riesen-Programm.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. — Sonntag 8 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Reservierter Platz extra.

**Alcazar.**  
Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges.  
Dresdenerstrasse No. 52/53.  
Annonstrasse 42/43.  
Vornehmster  
**Familien-Aufenthalt.**  
Mittwoch, den 2. September:  
Grosse Fest- und Eröffnungs-Vorstellung.  
Durchweg neues Programm.  
**Grand-Konzert**  
der neu engagierten Haus-Kapelle unter Leitung  
des Kapellmeisters **Martin.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. — Entree 30 Pf.  
R. Winkler.

**W. Noack's Sommer-Theater.**  
Brunnenstr. 16.  
Täglich:  
**Konzert und Theater-Vorstellung.**  
Neu! Neu!  
**Banditenfreude.**  
Operette in 1 Akt von Suppé.  
**Sportmädel.**  
Burleske mit Gesang und Tanz von Gerde.  
R. Wagner, Viederfänger. Elli Vernon, Kostüm-Soubrette. Geschw. Vanoni, Duettilen. Paulsen, Instrumental-Humorist. Bruno Brauns und Miss Lydia, Jongleure und Equilibristen.  
**Johannisthal, Lüdner's**  
Kaiser Wilhelmstrasse 6.  
Empf. meinen gr. Schatt. Garten, Saal, Vereins-, Regeltbahn, Billard, Sommer, wohnung u. Ausspannung. [58949.]



Verfassungen.

Der Verband der Bauarbeiter, Zahlstelle Rixdorf-Str. 10 hielt seine regelmäßige Mitgliederversammlung am 16. August ab.

Der Verein graphischer Arbeiter und Arbeiterinnen (Zentrale Berlin) hielt am 20. August seine Monatsversammlung ab.

Im Fachverein der Musikinstrumentenmacher sprach am Montag den 24. August der Reichstags-Abgeordnete Zubeil über: „Welchen Nutzen zieht die Gewerkschaft vom letzten Streik?“

Eine öffentliche Versammlung der in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 31. August im alten Schützenhaus in der Linienstraße.

Sonnabend oder spätestens Montag eine nochmalige öffentliche Versammlung einzuberufen, die sich ausschließlich mit der Tarifberatung zu befassen hat.

In dem Schiedsspruch des Einigungsamtes nahm eine Versammlung der in der Herren- und Knabenkonfektion beschäftigten Schneider und Näherinnen, die am Montag in Grindel's Saal tagte, Stellung.

Die Versammlung der in der Herren- und Knabenkonfektion beschäftigten Arbeiter kam dem vom Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts durch Schiedsspruch festgesetzten Minimallohn ihre Zustimmung nicht geben.

Das Einigungsamt hat die Preisfestsetzungen für höhere Leistungen, wie sie in der Vorlage den Parteien unterbreitet und sogar von Konfektionären für durchführbar erklärt wurden, gestrichen.

Die Versammlung bedauert, daß der Versuch des Einigungsamts, geordnete Zustände für die Konfektion zu schaffen, gescheitert ist.

Alle Distriktsredner sprachen sich für Ablehnung des Tarifs aus. Ruschke meinte, man möge die minimalen Forderungen festhalten.

Kollegenschaft zu vertreten. Kulick spreche von einem Schlag den die Kommission erhalten habe. Derselbe sei darauf zurückzuführen, daß die Kollegen nicht mit der wünschenswerten Einmütigkeit hinter der Kommission standen.

Rixdorf. In einer Volksversammlung, die am 27. August in den Victoria-Sälen stattfand, referierte Fel. Waader über „das Erziehungswesen nach den Beschlüssen des Londoner Kongresses.“

Arbeiter-Gildenschule. Mittwoch Abend von 8-10 Uhr: Ged. o. H. Schule, Waldemarstraße 14.

Arbeiter-Bürgerbund Berlin und Umgebung. Vorsitzender Ad. Neumann.

Land der gefälligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Die Mitglieder, den Bund betreffend, sind zu richten an Hermann Jahn.

„Long fellow“, English Conversational- & Reading-Club. Meeting every Wednesday, 9 o'clock at Tottenham, 71 Wall Street.

Konfessionen der Schilowia - Poliererei. Ende Abend 8 Uhr Versammlung mit Frauen im Restaurant „Roumanbanten-Garten“.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend von 7-8 Uhr abends statt.

E. B. 37. Zur Eheschließung iherforderlich: Einwilligung der Verlobten, Ehemündigkeit (das männliche Geschlecht wird mit vollendetem 20. das weibliche mit vollendetem 16. Lebensjahre ehemündig).

Fahrräder prima Fabrikat, niedrigste Kaufpreise, Teilzahlungen bei 50 M. Anzahlung und wöchentlich 5 M. gezahlt. Kleine Hamburgerstr. 24/25.

„Zum eichenen Stab“ Carl Schöning 57049 Köpenickerstr. 63, Hof part. empfiehlt Saal, zwei Vereinszimmer. Regelmäßig noch mehrere Tage frei.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren Waare. Franz Tutzauer Tischlermeister, Bärcherstr. 14. Wohnungs-Einrichtungen in Nussbaum u. Mahagoni zu soliden Preisen.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren, junge Tischschäfte - Einrichtungen, auch auf Teilz. m. ger. An- u. Restzahlung, b. S. Silberstein, Rosenthalerstr. 49, I.

Eisenwerkzeug, umständehalber billig, wöchentlich 1 M. wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Nervendrüsen bei Bestellung unsonst. StraÙe 114. 1765\*

Teilzahlung. Monatl. v. 10 M. an liefert eleganter Anzüge nach Maß. Temporowski, Schneidermeister, Berlin C., Jüdenstr. 37, 1 Tr.

M. J. Mahlo, Patentanwalt, Berlin NW., Karlstrasse 8. Patentnachsichtung und Verwertung. Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei. Erste Referenzen im In- u. Auslande.

66. Resterhandlung. 66 billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an, bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoff, sowie in Mänteln, Jaguetts, Blüsch, Atlas, Seide. Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge. 66. Karle, Waldemarstrasse 66. Teleph. Amt IV. 1597.

Achtung! Künstl. Zahn v. 3 M. an, Teilz. wöchentl. 1 M. wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Nervendrüsen bei Bestellung unsonst. Gudel, Bauhofplatz 2, Gieselerstr. 19, Steglitzerstr. 71, I. Brennaborrad verkauft billig Ganel, Admicalstr. 38, Amerg. 2 Tr. 1876

4 Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten unentgeltlich zu vergeben. „Englischer Garten“, Alexanderstr. 27c. Amt 7, 1576. Arbeitsnachweis der Maler, Lackierer, Anstreicher. Amt 7, 1576.

Cösliner Hof, Ostl. Str. 8. Gröfzung: Oktober er. Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. 2 verdeckte Regelm. bahnen. Gute Küche.

Fruchtwein-bowlen. sat. vein, ausgezeichn. in Weidm. Maistrank. Erdbeerbowlie, Pflaushowlie, Ananashowlie. Eugen Neumann & Co. Detail-Vertrieb: Berlin, Admicalstr. 38, 1. Tr. 1876. Dresden, Hauptstr. 51. Potsdam, Poststr. 77.

Lexika von Brockhaus u. Meyer, Brechm's Tierleben und Bücher jeder Wissenschaft laust Antiquariat Koochstr. 55. 116M

Wohnungen. Von 4, 3, 2, 1 Stube, Küche, Zubehör. Pferdehülle zu 6 u. 3 Pferden. Remisen, Lagerkeller billig zu vermieten, nahe der Bahn, Frankfurter Allee 18. 1726

Möbl. Schlafstelle f. Herren 3. verm. Neu-Köln am Wasser 4, 2 Tr. I. 1896 W., Wormserstr. 4, a. Kleiststr. 2 Zimm., Korz., Küche, Garten f. ruh. Familie.

Mühlentstr. Nr. 8, nahe Oberbaum, find vom 1. Oktober eine Wohnung von 2 Stuben u. Küche und eine Wohnung von 1 Stube und Küche billig zu vermieten. 15829L\* Der Verwalter.

Wittenwalderstr. 40, 3 Stuben, Küche, Zubehör 1. Okt. 96 zu vermieten. 57418\*

Arbeitsmarkt. Schlossergesellen auf Geldschranke verl. Schiedeler, Weissensee, Königs-Chaussee 48a. 1776\*

Bautischler finden bei gutem Verdienst dauernde Arbeit auf Mücke's Werke, Lindow i. d. Mark, Bahnstation. Fahrpreis 2,20 M. hin und zurück.

Simsnacher, circa 50 Mann, werden bei bester Lohnart sofort verlangt und finden dauernde Beschäftigung auf Mücke's Werke, Lindow i. d. Mark, Bahnstation. Fahrpreis hin u. zurück 2,20 M.

Mamsells auf best. Fadell verl. Preis 2,20, 2,30 M. Maschke, Müllerstr. 166. Wöchentl. rechnen. 194b

Tischlergesellen a. Bachersp, Vertikows, Kleiderbind. u. Toiletten verl. Münnig, Baranstr. 41.

Mantelarbeiten a. bessere watterte Näder, 4 St. 4 M., verlangt (im Hause) Nylstr. 3 I, Wätow. 190b

Flotte Stepperyn auf Maschiner (im Hause) verlangt, Nylstr. 3 I, Wätow. 191b

Selbständige Knopfmiede erhalten dauernde Arbeit bei M. Guban, Feinstr. 21.

**Achtung! Maurer. Achtung!**  
 Donnerstag, 3. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, in den Arminhallen,  
 Kommandantenstr. 20:  
**Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins u. Umg.**

**Tages-Ordnung:**  
 1. Die Mißstände auf Bauten und wie ist denselben am wirksamsten entgegen zu treten. Referent Kollege  
**H. Silberschmidt.** 2. Diskussion. 3. Bericht über Monias in der Streikabrechnung.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht

131/4  
**Die Lohnkommission.**

**Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
 Donnerstag, den 3. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:  
**Außerordentliche General-Versammlung**  
 im Lokale von **Guske**, Grenadierstr. 33.

**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag des Genossen **Timm** über das Buch von P. Kampffmeyer: Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen in Deutschland. 2. Diskussion. 3. Wahl eines zweiten Vorsitzenden. 4. Wahl der fünf Stimmänner. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Um zahlreichen Besuch bittet  
**Der Vorstand.**  
 Die Zahlstellen des Vereins befinden sich bei folgenden Genossen:  
**Richter**, Filzschubgeschäft, Neue Königl. 90; **Wittchow**, Kleine Hamburger- und Eisassertrahen-Gde; **Knotzsch**, Girtelstr. 10; **Schmidt**, Luisenstr. 5; **Wendlandt**, Marienburgerstr. 92; **Bolze**, Landsbergerstr. 41.  
 245/7

**Berein der graphischen Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.**  
**Chemigraphen-Mitgliederversammlung**  
 am Donnerstag, den 3. September er., abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,  
 bei **Zubeil**, Lindenstraße Nr. 106.  
**Tagesordnung:** 1. Vortrag des Genossen **Paul Jahn.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet  
**Die Verwaltung.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 (Zahlstelle Berlin.)  
 Morgen, Mittwoch, den 2. September, abends 8 Uhr:  
**Vertrauensmänner-Versammlungen:**  
**Moabit:** Bei Holzbecher, Thurmstraße 84.  
**Westen und Südwesten:**  
 Bei **Zubeil**, Lindenstr. 106.

Die Werkstätt-Kontrollkommission dieses Bezirks ist zu dieser Versammlung eingeladen.  
**Südosten:** Bei **Rautenberg**, Drancienstr. 180.  
**Osten:** Bei **Chiel**, Fruchtstr. 36a (oberer Saal).  
**Schönhäuser und Rosenthaler Vorstadt:**  
 Bei **Mörchel**, Schönhäuser Allee 28.  
**Wedding und Gesundbrunnen:**  
 In **Raabe's Salon**, Kolbergerstr. 23.  
**Tages-Ordnung:** Werkstätt-Angelegenheiten.  
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Achtung! Gürtler. Achtung!**  
 Heute, Mittwoch, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Herrn **Mehner**,  
 Oranienstr. 184:  
**Vertrauensmänner-Konferenz.**  
 Jede Werkstätt muß vertreten sein.  
 Der Vertrauensmann.  
**Richard Heinrich**, Wienerstr. 61.  
 115/8

Allen Bekannten und Kollegen die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, der Monteur  
**Franz Aue**  
 nach kurzem schweren Leiden am 30. v. M., 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmitt. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-tirchhofes aus, statt.  
 Die trauernde Wittwe.

**Danksagung.**  
 Für die zahlreiche Beteiligung und die prächtigen Kranzspenden bei der Beerdigung meines mir unvergesslichen Mannes **Georg Gerike**, sage ich allen Verwandten und Bekannten, vor allen dem Verband der Metallarbeiter und den Kollegen, sowie dem Herrn Chef der Firma **Levy Söhne**, für die Unterstützung, welche mir zuteil geworden ist, meinen herzlichsten Dank.  
 [1886] **D. Marie Gerike geb. Nochs.**

Die beleidigenden Worte, welche in dem Lokal **Frankfurter Allee 119** gegen Frau **Frände** gefallen sein sollen, nehme ich zurück.  
 [1936] **D. Nied.**

Ich nehme hiermit meine Beleidigung gegen **Freih. Plage** zurück. **R. Tange.** [1926]

Die Beleidigung, die ich gegen Frau **Karrah** gethan haben soll, nehme ich hiermit zurück und erkläre die Frau **Karrah** als eine ehrwürdige und anständige Frau. Achtungsvoll  
 [1846] **Franz Wischniewski, Doppelnerstr. 15 v. 4 Z.**

Ich bitte die Fabrikanten, die am Sonntag, den 30. August, abends 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, auf dem Bahnhof Savignypfad gesehen haben, wie der Beamte mich die Treppe hinabgestoßen hat — daß ich arbeitsunfähig geworden bin — ihre Adresse an Unterzeichneten einfinden zu wollen.  
**W. Wahr**, Ludwigskirchplatz 8, **Wilmersdorf.**

**Portièren**  
**Restbestände**  
 2 bis 8 Ecks, à 2,50, 3, 4, 6 bis 15 Mark.  
**Probe-Chals** bei näherer Angabe franco zu Diensten.  
**Pracht-Katalog** mit Portièren-Abbildungen gr. u. fr.  
**Teppich-Haus** **Emil Lefevre**,  
**Berlin S., Oranienstraße 158.**

**Unfallwagen**, Magen, Eingaben.  
**Zähne v. 2 M. ev. Theilz.**  
**Frau Olga Jacobson**, Invalidenstr. 145  
 großart. Auswahl, billig, viele Anerkennungen, Musterbuch gratis und franco. Theilzahlung gestattet. **Max Brinner**, Jerusalemstr. 42 und **Drummeistr. 6.**

**Achtung! Zimmerer.**  
 Donnerstag, den 3. September, abends pünktlich 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,  
 bei **Röllig**, Neue Friedrichstr. 44:  
**Oeffentliche Versammlung der Platzdeputirten.**  
 Das Erscheinen sämtlicher Vertreter ist notwendig.  
**Die Lohnkommission.**  
 268/20

**Achtung! Maurer. Achtung!**  
 Donnerstag, den 3. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,  
 im Lokale des Herrn **Goffmann**, Alexanderstr. Nr. 270:  
**Ordentliche Mitgliederversammlung**  
 des Vereins zur Wahrung der Interessen der **Maurer Berlins und Umgegend.**

**Tages-Ordnung:**  
 1. Der internationale Sozialistenkongreß in London, dessen Beschlüsse und welche Lehren haben wir daraus zu ziehen? 2. Diskussion. 3. Die Abrechnung vom 14. Stiftungsfest. 4. Vereinsangelegenheiten.  
 Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.  
**Der Vorstand.**  
 180/12

**Achtung! Achtung!**  
 Donnerstag, den 3. September 1896, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,  
**Swinemünderstr. 35:**  
**Große öffentliche Volksversammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag des Herrn **Waldek Mausse** über „Kampf ums Dasein“. 2. Diskussion.  
 Frauen sind besonders eingeladen.  
 Die Einberuferin: **Frau Krause.**

**Citronensaftkur**

von vielen Aerzten verordnet u. m. überraschendem Erfolge angew. gegen **Gicht, Rheumat, Gallenstein, Magen-, Leber-, Nieren-, Haut, Blut- u. a. Krankheiten**, wirkt geradezu Wunder, wenn Sie garant. reinen, unverfälschten Saft trinken.

**H. Trültzsch's** garantiert rein unverfälschter Citronensaft, aus fr. Früchten, in Fl. zu 1 u. 2 M., enth. den gereinigten Saft von ca. 20 resp. 40 Ctr. (jede Flasche muss mit Plombe H. T. verschlossen sein). — Versand durch **H. Trültzsch, Berlin**, Boyenstrasse No. 57, von 6 Mark aufwärts franko **umsonst.**  
**Flaschen und Kiste**

**Einzelverkauf für Berlin:** Droguerie Hackescher Markt 2, Droguerie Chausseestr. 60, Badstr. 28, Thurmstr. 77, Alt-Moabit 122, Eisenbahnstr. 4, Prenzlauerstr. 12, Tauentzienstr. 11 und Gr. Frankfurterstrasse 59, sowie **C. Ritzmann**, Kottbuserstrasse 19, **W. Tschapel**, Steinmetzstrasse 77, **R. Gähns**, Zossenerstrasse 20 und **H. Fiddicke**, Lindenstrasse 104; **Charlottenburg** Droguerie Berlinerstrasse 123a und **Spandauerstr. 14.**  
**Warno vor verfälscht. gesundheitsschädli. minderwerth. Waare.**

**Auf der Stelle getödtet**

wird jede Wunde mit einem der Brut durch das unter allen Umständen sicher wirkende **Wunden-Fluid**, nach den vielen Mittheilungen noch das einzig praktische und zuverlässige Mittel von gründlichem Erfolge. Dasselbe ist jedoch, wie auch das gegen die Schwaben als wirklich radikal erwiesene **Poudre Martial** nur direkt erhältlich beim Erfinder selbst, Herrn **Otto Reichel**, Eisenbahnstraße 4, in Flaschen zu 50 Pf., 1.—, 2.— und 3.— M. nebst Sprigapparat zu 50 Pf. und bemerken wir noch, daß die vielen schriftlichen und telephonischen Bestellungen hier selbst überallhin frei zugestellt werden.

**Herm. Ramlow's**  
**Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.**  
 Zwei renovirte Kegelhöhlen.  
 Vereinszimmer  
**135 Schönhäuser Allee 135.**

**B. Nieff's Festsäle,**  
 17, Weberstrasse 17.  
 Zur bevorstehenden Saison 1896/97 sind noch mehrere **Sonnabende** frei, auch zu Versammlungen täglich.

**Warenhaus**  
**A. Wertheim**  
 Nur für **3**  
 Tage gültig  
**Ausnahme-Preise**

**Damenhemden,** Priesenorm, Hemdentuch **1,40**, Louisianatuch **1,70** Mk.  
 Achselschluss, mit Spitze **1,60**, mit Stickerei **1,90** Mk.  
**„ „**  
**Damenjacken,** Dinit **1,40** Mk.  
**Schirtingröcke** mit Stickerei **3,35** Mk.  
**Bettbezüge,** Louisianatuch, 1 Deckbett u. 2 Kissen **5,50** Mk.  
**Laken,** Dowlas, 160/225 cm., **2,15** Mk.

**Tapissierie-Artikel.**

**Tabletdecke**  
 mit Franze **17, 23, 30** Pf.  
 „ Leinen mit Hohlsaum **20, 25, 33** Pf.  
**Stubenhandtücher** **55** Pf. u. **1,30** Mk.  
**Küchenhandtücher** **40** u. **60** Pf.  
**Theelöffelkorb** mit gestickter Einlage **30** Pf.  
**Markttaschen** **65** u. **85** Pf.  
**Wäscheschrank-Streifen**  
 8 Reihen **33** Pf., 4 Reihen **40** Pf.  
**Bestecktaschen** **1,45** Mk.  
**Staubtuchtaschen,** fertig gestickt, **80** Pf. u. **1,10** Mk.

**Mittwoch, Donnerstag, Freitag.**  
**2. 3. 4. Sept.**  
**Proben und Preislisten portofrei.**  
 Versand-Abteilung Berlin W., Loipziger-Strasse 111.